

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 30 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5spaltige Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Berbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 4.

Sonntag, den 22. Januar.

1911.

Wo bleibt die preussische Wahlrechtsreform?

Die Thronrede, mit der am 10. Januar d. J. durch Herrn v. Bethmann-Hollweg der preussische Landtag eröffnet wurde, erwähnt kein Wort von der Wahlrechtsreform. Die Erwartungen der in die dritte Wählerklasse eingepferchten preussischen Bevölkerung sind abermals betrogen, auch die bevorstehende Landtagsession wird die längst verheißene Reform nicht bringen. Anstatt der Hoffnung wird nun eine wachsende Erbitterung in diesen Massen Platz greifen, die sich dauernd von dem ihnen gebührenden Einflusse auf die Gesetzgebung ausgeschlossen sehen, und diese Erbitterung wird sich nur schwer in den Formen legaler Kundgebungen zügeln lassen.

Noch vor wenigen Monaten versicherten anscheinend offiziös inspirierte Pressemitteilungen, daß die nächste preussische Wahlrechtsreform an der Klasseneinteilung des Wahlrechts festhalten, aber das geheime und direkte Wahlrecht bringen werde. Ueber den Zeitpunkt sei noch nichts entschieden. Daraus konnte man immerhin entnehmen, daß die preussische Regierung das Ausichtslose, dem Volke ein zeitgemäßes Wahlrecht auf die Dauer vorzuenthalten, erkannt hat und sich bemüht zeigt, die Öffentlichkeit mit dieser historischen Notwendigkeit vertraut zu machen, um etwaige reaktionäre Widerstände zu entzünden. Freilich stand damit keineswegs fest, daß schon die folgende Landtagsession eine neue Regierungsvorlage bringen werde, zumal Herr v. Bethmann-Hollweg wohl auch der Allerungeeignetste wäre, die preussischen Junker und Pfaffen zu Paaren zu treiben. Aber selbst wenn die Situation für einen neuen Gesetzentwurf noch verträglich wäre, so mußte doch die Thronrede auf die Notwendigkeit einer solchen Reform hinweisen und die gesetzgebenden Körperschaften mit deren späterer Wiederaufnahme vertraut machen. Denn es handelt sich um ein seither unerfülltes Versprechen der Regierung und des Königs, und es macht nicht den Eindruck, daß es der Regierung mit der Erfüllung dieses Versprechens ernst sei, wenn die neue Thronrede sich über diese Angelegenheit auschweigt. Es war einfache Anstandspflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Thronrede in dieser Beziehung Klarheit vor dem Lande schaffe. Denn nur ein fortschrittliches, klares, festes Regierungsprogramm kann in dieser Frage eine ruhige, erfolgversprechende Entwicklung verbürgen. Selbstverständlich gehört dazu auch soviel Zeit, um die beiden Häuser des Landtags für eine vollstündliche Reform zu gewinnen — in erster Linie aber verlangt ein solches Werk auch den Mut der Konsequenz, der unerschütterlich auf der Einlösung des gegebenen Ehrenwortes besteht, und den festen Willen, den Kampf für dieses Ziel mit jeder Landtagsmehrheit aufzunehmen.

Das Schweigen der Thronrede zeugt nicht von Alledem und ist daher von der übelsten Vorbedeutung. Es bekundet, daß die Regierung nicht den Mut findet, sich in diesem wichtigen Moment, wo das ganze preussische Volk auf das rechte Wort von ihrer Seite wartet, sich auf ihr Versprechen vom 20. Oktober 1908 zu besinnen und dem um sein Wahlrecht kämpfenden Volk neue Hoffnungen zu machen. Die entzweiteten Wählermassen können darin nur eine Preisgabe der Wahlreform erblicken, denn auch die Reaktionen begrüßen dieses Schweigen der Thronrede mit unvorstellbarer Genugtuung. Aber so leicht kommt die preussische Regierung über diese Dinge nicht hinweg. Mögen die Machtverhältnisse in den beiden Häusern des Landtages dank dem Dreiklassenwahlsystem einer vollstündlichen Reform Schwierigkeiten bereiten — die Machtverhältnisse des preussischen Volkes sind schließlich doch die stärkeren. Schon die öffentlichen Kundgebungen, die sich naturgemäß an das verlegene Schweigen der Thronrede knüpfen, werden die Regierung zwingen, offen Stellung zu nehmen. Es zeugt also von wenig politischer Klugheit, diese Kundgebungen erst zu provozieren, sich diese Stellungnahme erst aufzwingen zu lassen. Diese Volkskundgebungen sind natürlich nicht mit wohlfeilen Bertröstungen zu beruhigen und so wird der Zwang zu beschleunigtem Vorgehen viel stärker als vordem. Die Regierung gewinnt also mit ihrer Drißbergerei in keiner Weise etwas, weder Zeit, noch Aktionsfreiheit. Mit philosophischen Redensarten lassen sich diese Kundgebungen nicht aus der Welt schaffen, nur energische und ernste Reformarbeit kann hier noch helfen.

Aber hinter diesen spontanen Volkskundgebungen, die nur ein weltfremder, den realen Verhältnissen entrückter Philosoph ignorieren kann, steht eine sehr reelle und legitime Demonstration, die auch von der preussischen Regierung als ernstester Machtfaktor bewertet werden muß — die nächsten Reichstagswahlen. Wir können ja nichts sehnlicher wünschen, als daß dieser Wahlkampf im Zeichen des Wahlrechtskampfes geführt werde, denn wenn es neben der volksbelastenden und die Steuerlasten der Besitzenden befruchtenden Reichsfinanzreform von 1909 noch eines unfehlbaren demokratischen Zugmittels für diese Wahlen bedurft hätte, so wäre dies die preu-

ssische Wahlrechtsfrage. Sie, die Millionen von Wählern des Reichs in ihren Gefühlen und Interessen berührt, wird auch die letzten Hoffnungen der Reaktionen zunichte machen. Und es kann nur Mitleid erwecken, wie der Mann, der die Geschäfte der preussischen Regierung leitet, unbekümmert um die tosende Hochflut, in seinem Sessel sitzt und seine professoralen Weisheiten verzapft. Als ob Reden jemals ein brandendes Meer beruhigen könnten. Wer die Zeit versäumt zu rechtem Handeln, den wird die Flut rettungslos verschlingen. Und Herrn von Bethmanns Tage sind in der Tat gezählt. Der Tag, der die Niederlage des schwarz-blauen Bloks der Junker und Pfaffen besiegelt, wird auch das Ende seiner Herrschaft im Reich und in Preußen sein.

Die Reichstagswahlen aber werden Bresche legen in das Dreiklassen-Verhau der preussischen Reaktion. Sie werden mehr sein als eine Entscheidung über die künftige Reichspolitik, sie werden die Abstimmung des preussischen Volkes bringen über die große Frage, die auch das Reich angeht: Soll der größte Bundesstaat Deutschlands kosakisch oder demokratisch regiert werden? Und alle die Hunderttausende, die in Preußen degradiert sind, als Wähler der dritten Klasse von jedem tatsächlichen Einfluß ausgeschlossen zu bleiben, werden es als Ehrenpflicht erachten, ihre Stimme derjenigen Partei zu geben, die die umstrittene Führung im Wahlrechtskampfe hat. Die preussische Regierung, von allen klugen Ratgebern verlassen, hat abgedankt, die Wahlrechtsreform zu vertreten. Die Zukunft der Wahlrechtsreform liegt nunmehr allein bei den Massen des deutschen Volkes. Unsere Aufgabe muß es sein, die Propaganda mit aller Kraft in diese Richtung zu leiten und die Wählermassen darauf vorzubereiten, daß sie über die große Tragweite der diesjährigen Reichstagswahlen nicht im unklaren sind. Dann braucht uns um die Volksentscheidung nicht bange zu sein.

Heimarbeiterschutz.

Eine einmütige, imposante Kundgebung war es, die ein deutscher Heimarbeiter am 12. Januar an Reichstag, Bundesrat und Reichsregierung vor Beratung des Heimarbeitsgesetzes im Reichstag richtete, um einen wirklichen Heimarbeiterschutz herbeizuführen.

Der Einladung des Bureaus für Sozialpolitik waren Vertreter aller Gewerkschaftsorganisationen — etwa 350 an der Zahl — zu der Tagung gefolgt. Außer zahlreichen bekannten Sozialpolitikern und Reichstagsabgeordneten war auch die Reichsregierung, das Handelsministerium und die württembergische, badische und elsass-lothringische Regierung, sowie 18 Unternehmerverbände vertreten.

Wissenschaftliche Untersuchung und praktische Erfahrung paarten sich hier zu einem Urteil über den vorliegenden Gesetzentwurf, das dem vom Referenten, Prof. Wilbrandt, gefällten gleichkam: In der Form geschickt, an wirklicher Hilfe für den Heimarbeiter ein ärmliches Gesek! Eine Reglementierung der Not durch Strafe! Der durch das Gesek gewollte Heimarbeiterschutz würde sich nach der jetzigen Fassung der Gesetzesvorlage in eine Last für den Arbeiter umwandeln. Er hätte den Gesetzentwurf zu fürchten, nicht die Unternehmer, die sich jetzt schon dagegen wenden. Eine Heimarbeitsausstellung nach Inkrafttreten des Gesetzes würde wohl die im Wohn- und Schlafraum des Heimarbeiters hergestellten Lebens- und Genußmittel nicht mehr zur Schau bringen, dafür aber den bestraften Heimarbeiter, der bei Uebertretung der neuen Gesetzesbestimmungen betroffen worden ist. Und da unmöglich jemand auch noch den armen, schlechtentlohnerten Heimarbeiter wird bestrafen wollen, so werden die Strafbestimmungen sehr milde gehandhabt werden müssen; und so bleibt alles beim alten.

Lange Jahre schon wurde von gewerkschaftlichen Organisationen, die die schweren Leiden der Heimarbeiter verspüren, eine gesetzliche Regelung der Heimarbeit verlangt, ja sogar, wie von den Zigarrenarbeitern, für die die Heimarbeit geradezu mörderische Wirkungen hat, ein gänzlich Verbot der Heimarbeit gefordert. Alle faulen Einwendungen über Schädigung der Industrie und alle heuchlerische Teilnahme für die Heimarbeiter, die angeblich um Verdienst und Brot dabei kämen, können die Tatsache nicht über den Haufen werfen, daß gerade in der Tabakindustrie die Heimarbeit am ehesten durch Verbot beseitigt werden kann. Ein solches Verbot könnte nur wohlthätig und vorteilhaft wirken. Weder die Industrie, noch speziell die Arbeiter hätten Nachteil davon.

Aber dem Kapitalismus sind auch die rücksichtslosesten und unzeitgemäßesten Formen der Ausbeutung gerade recht. Deshalb wenden sich seine Vertreter gegen jede zeitgemäße Milderung und Verbesserung der Zustände. Auch jetzt kehren sie sich gegen den endlich von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf, obgleich er unzureichend ist. Für die Zigarrenindustrie bleibt er sogar weit hinter dem zurück, was die Regierung in dem damaligen Gesetzentwurf zur Regelung der Heimarbeit niedergelegt hatte, wie unser Kollege Oberle auf dem Heimarbeiterkongress über den wir in dieser Nummer Bericht geben, bereits ausführte.

Ueber den neuen Gesetzentwurf hat eine Kommission des Reichstags schon im Frühjahr 1910 die Beratung beendet. Wir skizzieren hier das Resultat dieser Beratung.

Obwohl die Beschlüsse der Kommission über das, was die Vorlage enthielt, hinausgegangen sind, so befriedigen sie dennoch keineswegs, denn sie lassen die wichtigsten Anforderungen eines Heimarbeiterkongresses vollständig außer Betracht. Bergleiblich hat sich die sozialdemokratische Fraktion bemüht, Verbesserungsanträge im Sinne der Beschlüsse des Heimarbeiterkongresses und ihres Entwurfs eines Heimarbeitergesetzes, der dem Reichstag seinerzeit unterbreitet wurde, zur Durchführung zu bringen. Selbst die Maßnahmen, die in einigen sich nähern dem, was der Heimarbeiterkongress gefordert hatte, blieben nur eine Halbmehrheit und unvollständig.

So hat die Kommission z. B. den Aushang der Lohn tafeln, der in allen den Räumen stattfinden soll, wo Heimarbeit ausgeübt wird, mit der Einschränkung vorgesehen, daß der Bundesrat von diesen Anforderungen einzelne Berufszweige befreien kann. Der geringe Wert dieser Vorschrift ist schon daraus erkenntlich, daß in der Kommission die Regierung erklärte, diese Bestimmung des Gesetzes würde sehr spät in Kraft treten, denn es müsse ja die Regierung erst ermitteln, für welche Berufe die Ausnahme geboten erscheint. Die Regierung wollte deshalb den umgekehrten Weg, es sollte ihr die Befugnis erteilt werden, für einzelne Industrien die Lohn tafeln anzuordnen. Da aber die Kommission in ihrer Mehrheit nicht gerade ein sehr großes Vertrauen zum Bundesrat hatte, daß er in einem weitgehenden Umfange die Lohn tafeln anordnen würde, so entschied man sich für eine allgemeine Zwangsvorschrift und konstruierte die Ausnahmebefugnis für den Bundesrat. Der Wert dieser Einrichtung wird deshalb auch noch beeinträchtigt, weil in denjenigen Heimtextilindustrien, wo für die Produkte der Heimarbeit im eigentlichen Sinne des Wortes Löhne nicht gezahlt werden, sondern der Preis des Produkts fixiert wird, diese Preisangaben nicht allgemein gefordert werden, sondern hierüber dem Bundesrat die Befugnis der Anordnung überlassen bleibt.

Aber selbst diese sehr unvollständigen Vorschriften sind in der Kommission mit so schwacher Majorität angenommen, daß es sehr unsicher erscheint, ob sich im Reichstag eine Majorität dafür findet. Das gleiche trifft für die Einrichtung der Lohnbücher zu, die die Reichstagskommission forderte, und zwar allgemein für alle Heimarbeiter. Auch hiergegen haben die interessierten Fabrikanten lebhaften Einspruch erhoben, obwohl sie eigentlich diese Einrichtung nur begrüßen sollten, denn wenn es wahr ist, daß durch die Heimarbeitsausstellung und auch durch die Angaben der Heimarbeiter unwahre Darstellungen über die Löhne gegeben wurden, dann könnte das Lohnbuch und die Lohn tabelle eine sehr einwandfreie Grundlage für die tatsächlich gezahlten Löhne abgeben. Die Heimarbeiter haben diese Nachprüfung ihrer Angaben nicht zu scheuen, anders dagegen verhält es sich mit den Wortführern aus Fabrikantenkreisen.

Unbefriedigend ist der Gesetzentwurf in bezug auf die Anordnung sanitärer Vorschriften. Die Anforderungen, die an die Industrien gestellt werden können, die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter bieten, sind ungenügend; denn in all diesen Fällen ist der Polizei, der Landeszentralbehörde oder dem Bundesrat nur die Befugnis erteilt, gewisse Anordnungen zum Schutze der Arbeiter zu treffen. Keine dieser Behörden muß diese Anordnungen vornehmen, sie kann nur und zwar ganz nach freiem Ermessen von den Vorschriften Gebrauch machen.

Natürlich fand auch der Vorschlag der sozialdemokratischen Vertreter, der Nahrungsmittelindustrie, auch der Zigarrenindustrie die Heimarbeit zu untersagen, von keiner Seite Unterstützung, es bleiben also hier alle Schäden nach wie vor bestehen.

Die wichtigste Frage, in der die Reichstagskommission versagte, betraf die Einführung der Lohnkommissionen. Auch hier hatten sich die sozialdemokratischen Vertreter an die Beschlüsse des Heimarbeiterkongresses gehalten, der allgemein die Einführung solcher paritätisch gebildeten Kommissionen empfahl, um für die Heimarbeit Mindestlohnsätze festzulegen. Der Antrag wurde mit außerordentlicher Lebhaftigkeit von der Regierung und den bürgerlichen Parteien bekämpft, schließlich aber in erster Linie ein Antrag des Zentrums angenommen, der dem Bundesrat das Recht gibt, für einzelne Industrien, die besonders niedrige Löhne den Arbeitern zahlen, solche Lohnkommissionen einzusetzen. Dieser Antrag ist schließlich in der zweiten Lesung der Kommission wieder abgelehnt, und fehlt somit in der Vorlage jeder Forderung einer Lohnregulierung. Die Lohnfrage ist aber die bedeutungsvollste für die Heimarbeiter.

In der Zwischenzeit, nach Abschluß der Kommissionsverhandlung bis gegenwärtig, haben eifrige Bemühungen eingesetzt aus den Kreisen der Handelskammern und Unternehmervereinigungen, um die Vorlage vollständig wirkungslos zu gestalten und gegen alle Verbesserungen der Vorlage Front zu machen. Gegenüber diesen Be-

mühungen erschien es wohl angebracht, noch einmal vor dem Abschluß des Gesetzes auch die Meinung der Heimarbeiter zu Worte kommen zu lassen. Wie inzwischen die Dinge im Reichstag sich gestaltet haben, ist es jedoch sehr zweifelhaft, ob der kleine Anfang einer Regulierung der Heimarbeit auch wirklich ins Werk gesetzt wird.

Bis zu den Osterferien sind die Geschäfte des Reichstags vom Seniorenkongress so eingeengt worden, daß außer einigen Stellen- und Strafgesetzen nur der Etat beraten resp. erledigt wird. Die sozialpolitischen Gesetze: Heimarbeitengesetz, Arbeitskammengesetz, Reichsversicherungsordnung können demnach erst nach den Osterferien zur Beratung kommen. Bis dahin werden alle Feinde von Arbeiterschutzgesetzen noch alle Register ziehen, um die genannten Gesetze nicht zustandekommen zu lassen. Außerdem ist die politische Situation so unsicher, daß auch dieser Umstand die Fertigstellung dieser Gesetze in Frage stellt.

Um so mehr müssen die Arbeiter drängen, daß endlich das Notwendigste zum Schutze ihrer Gesundheit, ihrer Arbeitskraft und ihrer Familie getan wird. Der Heimarbeitertag wird in dieser Hinsicht nicht vergeblich gewirkt haben. Überall muß die Agitation für eine gute Sozialpolitik rüstig einsetzen. Sie ist um so notwendiger, als der große Steuerraubzug die Arbeiter materiell ungemein geschädigt hat.

Heimarbeiter-Bewegung.

In der Umgegend von Offenbach, Hanau, Gießen und Alsfaffenburg sind über 2000 — fast alles verheiratete — Frauen als Heimarbeiterinnen vorhanden. Dieselben werden mit der Anfertigung von Zigarren und Entrippen von Tabak beschäftigt.

Die meisten Fabrikanten nützen die Arbeitskraft dieser Frauen rücksichtslos aus. Trotzdem die Heimarbeiterinnen die Arbeitsräume, Licht und Feuerung stellen, zahlen die Fabrikanten den Heimarbeiterinnen für ein und dieselbe Arbeit weniger Lohn, als den in der Fabrik Beschäftigten. Das ist die Ursache, weshalb die Arbeitszeit bis in die Nacht, sehr oft bis ein und zwei Uhr morgens, ausgebeutet wird. Der geringe Verdienst läßt auch nicht zu, einen besonderen Arbeitsraum zu halten, fast allgemein dient der Arbeitsraum zugleich als Koch-, Wohn- oder Schlafraum. Die gesundheitlichen Verhältnisse sind deshalb die allerungünstigsten. Die Kinderarbeit steht da noch in schönster Blüte; nicht selten findet man Kinder im zartesten Alter mit Entrippen des Tabaks beschäftigt. Ein gesetzlicher Schutz der Heimarbeiterinnen ist daher dringend geboten. In Gießen, Huchelheim, Krosdorf, Baunsbach, Wismar usw. fanden Versammlungen statt, in welchen die Mißstände in der Heimindustrie erörtert wurden. Einstimmig wurden folgende Forderungen erhoben, um wenigstens die ärgsten Schädigungen zu beseitigen:

1. Stellung sämtlicher heimindustriellen Betriebe unter die Gewerbeinspektion.
2. Sämtliche Heimarbeiter und Arbeiterinnen sind versicherungspflichtig gegen Krankheit, Alter, Invalidität und Unfälle; entgegenstehende Abmachungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind unzulässig.
3. Jeder Arbeitgeber ist verpflichtet, ein Arbeiterverzeichnis zu führen von sämtlichen bei ihm beschäftigten Heimarbeitern.
4. Jedem Heimarbeiter muß der Arbeitgeber ein Lohnbuch ausstellen, in welches der wöchentlich verdiente Lohn eingetragen werden muß.
5. Einführung von Lohnämtern für die Heimindustrie.
6. Einführung von Mindestlöhnen, welche den im Bezirke gezahlten Fabriklöhnen mindestens gleichgestellt sein müssen.
7. Verbot der Nachtarbeit.
8. Verbot der Kinderarbeit.
9. Der Arbeitsraum darf nicht als Koch-, Wohn- und Schlafraum oder zu einem sonstigen Zwecke benutzt werden.
10. Für jede beschäftigte Person müssen mindestens 10 Kubikmeter Luftraum vorhanden sein.

Rundschau.

Daß sie Betteln gehn, wenn sie hungrig sind. Am 3. Dezember wurden die Unterstüßungen an arbeitslose Tabakarbeiter widerrechtlich eingestellt, obgleich die Wirkungen des Tabaksteuergesetzes noch traurig genug sind. Wie Unterstüßungen sich bis 3. Dezember in Westfalen notwendig machten, das lehren folgende Zahlen. Im Monat November bis einschließlich 3. Dezember sind seitens des Hauptzollamts Minden immer noch 13 380,67 Mk. an Unterstüßungen für die infolge der Einführung der Rohabwertsteuer brotlos gewordenen Tabakarbeiter ausgezahlt worden. Von dieser Summe entfallen wieder allein 10 926 Mk. auf den Kreis Herford. Daran erkennt man am besten, wie außerordentlich schädigend die Rohabwertsteuer gerade auf unsere heimische Tabakindustrie einwirkt. Von den für die gesamten arbeitslosen Tabakarbeiter im Reiche bestimmten 4 1/2 Millionen Mark hat nun allein das Hauptzollamt Minden für die Kreise Bielefeld, Halle, Herford, Minden, Lübbecke, Wiedenbrück und die Grafschaft Schaumburg fast die Hälfte, nämlich 2 328 772 Mk. an Arbeitslosenunterstüßungen, ausgezahlt.

Eine frivole Gefinnung. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat entdeckt, daß die Tabakindustrie nunmehr alle Folgen der Tabaksteuer überwunden hat. Es werde mehr Tabak eingeführt, als vorher und auch auf dem Arbeitsmarkt stehe es gut. Das Kanzlerblatt schreibt: Nach den von uns bereits veröffentlichten Zahlen betrug die Durchschnittsziffer der Arbeitsuchenden auf je 100 offene Stellen im März 1910 noch 891, im Juni 466, sie fiel im Juli auf 271, um weiter im August auf 250, im September auf 187 und im Oktober auf 165 zu sinken.

Das Kanzlerblatt hat also wirklich die Stütze zu behaupten, daß die Arbeitsuchenden, deren Zahl noch im März 1910 neunmal so groß war wie die Zahl der offenen Stellen, innerhalb eines halben Jahres von der Industrie zu einem so erheblichen Maße — bis auf 165 — konsumiert worden seien. Das ist für jeden, der die Verhältnisse kennt, eine offenbare Unmöglichkeit. Das Blatt will damit nur die frivole Erdrosselung der Tabak-

arbeiter durch die Steuer, denen man vom 1. Dezember ab jede Unterstützung versagte, beschönigen.

Die Polizei und das Reichsvereinsgesetz. Die Halle'sche Polizei hat ihrem Ruhmeskranz in der Handhabung und Auslegung des „liberalen“ Reichsvereinsgesetzes wieder ein neues Blatt hinzugefügt. Der Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Halle, hatte eine Mitgliedererversammlung einberufen, zu der die Mitglieder zahlreich erschienen waren. Die Türkontrolle war streng. Von den 600 bis 700 Anwesenden hatte keiner ohne Vorzeigung des Mitgliedsbuches Zutritt erlangt. Trotzdem drangen zwei Polizeibeamte ein, die angaben, daß sie auf höheren Befehl die Versammlung überwachen sollten! Da die organisierten Metallarbeiter selbstverständlich keine Neugier hatten, vor der Ungeheuerlichkeit der Halle'schen Polizei zu kapitulieren, so wurde die Versammlung aufgehoben. Mühe und Unkosten waren wieder einmal umsonst gewesen, weil die Halle'sche Polizei fortbauend mit gesetzwidrigen Maßnahmen operiert! Der Grund zu dieser neuen Verletzung des Reichsvereinsgesetzes ist um so unerfindlicher, als nach den ersten Ueberwachungen von Mitgliederversammlungen der Metallarbeiter zweimal solche unüberwacht geblieben sind, darunter die Generalversammlung des Verbandes. Weshalb sind jene Versammlungen unbelästigt geblieben? Weshalb wurde diese gestört?

Gegen diese neueste Polizeität wird wiederum Beschwerde erhoben. Es wird sich ja zeigen, ob das Reichsvereinsgesetz schon zum alten Gerümpel gehört.

Das Ideal der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung. Das Berliner Scharfmacherblatt spendet in seiner Nr. 1 der japanischen Regierung begeisterten Beifall, weil sie den Anarchisten Dr. Kotoku und mehrere seiner Genossen hat zum Tode verurteilen lassen. Die bestialische Gesinnung der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung ist aus folgenden Auslassungen ersichtlich; das Blatt schreibt unter anderem:

Die Regierung Japans, welche wohl erkannt hatte, daß sie im harten Kampfe um die politische Ausdehnung und Festigung des Landes sich vor allem wirtschaftlich kräftigen und eine starke Industrie besitzen müsse, hat mit starker Hand alle Einflüsse bekämpft, die den wirtschaftlichen Aufschwung zu beeinträchtigen in der Lage gewesen wären. Aus diesem Grunde hat Japan die gewerkschaftliche Bewegung in richtiger Würdigung der Existenzbedingungen der Industrie mit Gewalt niedergedrückt und dadurch so günstige Arbeitsverhältnisse geschaffen, daß die japanische Industrie in ein Gebiet des Weltmarktes nach dem andern eindringen und vor allem die Einfuhr fremder Erzeugnisse wesentlich herabmindern konnte. Und den immer wieder auftauchenden Bestrebungen einiger revolutionärer Elemente ein Ende zu setzen, hat die Regierung kürzlich den als internationalen Agitator bekannten Dr. Kotoku und zwanzig seiner Anhänger verhaftet und nachdem die Beweise für eine Verschwörung gegen das Leben des Kaisers erbracht waren, alle zum Tode verurteilt. Es scheint, daß Japan es besser versteht, einem wirtschaftlichen Aufschwung seiner Industrie die Bahn frei zu machen als das alte Europa mit seiner Humanitätsduselei und seiner lauen Arbeiterpolitik.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung wünscht also, daß die deutsche Regierung in die Fußstapfen der japanischen trete und durch Gewalt die Arbeiterbewegung unterdrücke. Das Scharfmacherblatt täuscht sich aber, wenn es glaubt, daß dann in ganz Deutschland Reichshofruhe herrschen würde und der Kapitalismus seinen Raub ungestört verzehren könnte. Ueber den Blödsinn der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung, die von der Unterdrückung der Arbeiterbewegung einen wirtschaftlichen Aufschwung der Industrie erhofft, ist kein Wort zu verlieren.

Schwarze Listen der preussischen Regierung. Auf die Enthüllungen der Deutschen Industriebeamten-Zeitung, daß bei der Königl. preussischen Bauverwaltung schwarze Listen über die dort auf Privatdienstvertrag beschäftigten Techniker, Zeichner, Architekten usw. geführt würden, hatte die Regierung mit einem offiziellen Dementi geantwortet, wonach es sich lediglich um Personen handeln sollte, die „wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung, Veruntreuung von Staatsgeldern, Sittlichkeitsverbrechen, schweren Vertrauensbruchs, grober Verfehlungen im Dienste“ entlassen worden seien. Mit dieser Erklärung hat die Regierung entschieden Rech. Nicht nur, daß die Angaben der Industriebeamten-Zeitung zwei Tage nach Erscheinen der offiziellen Erklärung von anderer Seite bestätigt wurden, nein, auch die Industriebeamten-Zeitung selber sieht sich durch dieses hartnäckige Leugnen veranlaßt, in ihrer soeben erschienenen Nummer weiteres Material zu veröffentlichen. Aus den sieben neuen Geheimereisen, die sie im Wortlaut mit Aktenzeichen und Unterschrift wiedergibt, geht mit voller Deutlichkeit hervor, daß es sich in den weitaus meisten Fällen absolut nicht um die von der Regierung behaupteten schweren Vergehen, sondern um ganz geringfügige Dinge handelt, wie Nicht-einhaltung der Kündigungsfrist, Nichtantritt des Dienstes usw. Ein eigentümliches Licht auf die Sache werfen auch die Begründungen wie „ungebührliches Benehmen gegen den Kreisbauinspektor“, die den Einfluß mäßigiger Vorgesetzter deutlich widerspiegeln. In andern Erlassen heißt es kurzerhand: „N. N. erscheint ungeeignet,“ nur in einem einzigen spielen Vorstrafen eine Rolle. Die von der Industriebeamtenzeitung im ganzen Wortlaut wiedergegebene schwarze Liste umfaßt 18 Nummern. Mit Recht bemerkt das genannte Blatt hierzu: „Wenn die Regierung recht hat mit der Behauptung, es handle sich hier lediglich um schwere Verbrecher, so muß die Kriminalität unter den Bautechnikern der Regierung eine geradezu erschreckende sein!“ Man darf gespannt sein, welche Ausrede die Regierung nach diesen schlagenden Beweisen nunmehr erfinden wird.

Der Nationalliberale Stresemann, Reichstagsabgeordneter für den 21. sächsischen Wahlkreis (Annaberg-Buchholz) hat sich als echter Unternehmerkommis gegen die Heimarbeitersammlung ausgesprochen und dabei die Gewerkschaften scharfmacherisch angerempelt.

In Stuttgart fand am 8. Januar eine Sitzung des Verbandes württembergischer Industrieller statt, an der auch Dr. Stresemann teilnahm. In einer Rede bedauerte er, daß man jetzt in Dresden eine Heimarbeitersammlung machen wolle, die in ihrer voraussichtlichen Einseitigkeit wieder das beste Material zur Aufrechterhaltung der amerikanischen Zölle abgeben werde. Es wäre überhaupt sehr erwünscht, wenn die ganze gewerkschaftliche Bewegung mehr Verantwortlichkeitsgefühl an den Tag legen würde.

Wenn Herr Stresemann nur soviel Verantwortlichkeitsgefühl besäße, wie einer der geringsten Gewerkschaftsbeamten, dann würde man sein Geschwätz ernst nehmen. Die Ermangelung jedes Verantwortlichkeitsgefühls in seinen Reden ist auch den Wählern Stresemanns bereits auf die Nerven gefallen, so daß der nächste Reichstag diesen „Verantwortlichen“ entbehren wird.

Zentrumschriftliche Verlogenheit. Man sagt vom Hasen, daß er wie hypnotisiert vor Angst immer mit den Vorderläufen in der Luft herumtrommelt, wenn ihm plötzlich zum Bewußtsein kommt, daß er seinen Gegnern nicht mehr entrinnen kann. Daß sie sich in einer Sadgasse befinden, erkennen zurzeit auch die mit dem Fluche der Zentrumspolitik beladenen „christlichen Gewerkschaften“ gut genug. Und in ihrer heillosen Angst wissen die Zentrumschriften nichts anderes anzufangen, als nur immer fanatischer und sinnloser die Sozialdemokratie zu befeuern. Die zentrumschriftliche Gewerkschaftspressen überschlägt sich in letzter Zeit förmlich in Anpöbelungen der Sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Die Drahtzieher aus M.-Glabbadach wissen, wie sie fortan einzig ihre Aufgabe vornehmen müssen, wenn sie gegenüber den Facharbeitern auch nur noch ein Weilschen geduldet werden wollen.

In ihrer ersten Nummer vom neuen Jahre kommt die besonders freche und verlogene M.-Glabbacher Westdeutsche Arbeiterzeitung auf das Thema „Soziale Praxis und Sozialdemokratie“ zu sprechen. Am Schluß heißt es da:

Nur mit tiefem Bedauern und mit innerem Ingrimm kann der überzeugte Sozialreformer dem wahnsinnigen und verwüstenden Treiben des Radikalismus innerhalb der Sozialdemokratie und bis über ihre Grenzen hinaus zusehen. Wenn es überhaupt jemals wahr gewesen wäre, was Bismard einmal gesagt, daß es ohne Sozialdemokratie keine soziale Reform gegeben, so wäre es längst nicht mehr wahr. Ohne Sozialdemokratie größere Fortschritte in Sozialreform und Sozialpolitik!

Natürlich glaubt das ultramontane Blatt selbst nicht an seine affektierte geheuchelte Entrüstung. Hat doch nicht nur Bismard die Bedeutung der Sozialdemokratie für die Fortschritte der Sozialreform anerkannt, sondern auch mancher waschechte Zentrumsmann. So sagte in der bayrischen Kammer der katholische Geistliche Keesle:

Die Sozialdemokratie geht im allgemeinen darauf aus, daß sie den Mitgliedern des vierten Standes ihre Lebenshaltung zu verbessern sucht. Sie geht darauf aus — das ist ihre Tendenz —, die Arbeiter zu heben und zu schützen gegen die Uebermacht des Kapitals. Geleitet hat die Sozialdemokratie schließlich doch auch schon etwas, sie war hinter den andern Parteien her und hat sie gedrängt, die Sozialreform energischer in die Hand zu nehmen und das Menschenmöglichste durchzubrüden. Ich leugne auch nicht, daß die Sozialdemokratie auch auf das Zentrum etwas in der Weise eingewirkt hat, daß dieses energisch und entschieden die Regierung zur Durchführung der Reformen drängt.

Die Kölnische Volkszeitung schrieb einmal zu der Frage der parlamentarischen Vertretung der Zentrumsparthei:

Ferner muß das Zentrum bestrebt sein, die Interessen aller Stände und Berufe, nicht bloß eines Berufs, zu fördern. Das Zentrum soll die Interessen der Arbeiter ebenso eifrig und warm vertreten, wie die Sozialdemokratie, aber es soll auch an andre Berufsgruppen denken.

Damit ist klipp und klar zugegeben, daß sich das angefehene Kölner Zentrumsblatt eine noch eifrigere und wärmere Vertretung der Arbeiterinteressen, als es durch die Sozialdemokratie geschieht, gar nicht denken kann!

Mit diesen Ohrfeigen aus dem eigenen Lager mag sich das kessende M.-Glabbacher sogenannte „Arbeiter“-Blatt diesmal begnügen. Mit ihrer Kaserei gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung versperren sich die Zentrumschriften den Weg zur Arbeiterklasse ja nur noch mehr. Immer noch ist die Weltgeschichte auch das Weltgericht.

Uereinstell.

Deutscher Cabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telefon Nr. 6046.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Cabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren. Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Niederwiesland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilten, Altona-Ottensen, Hoheneck 3, pt., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren wurden gemeldet:

Die Wanderkarte, lautend auf Peter Peters aus Unterbroich a. Rh., S. II, 14840, aufgen. am 1. 4. 03, Kl. IV. Dieselbe ist am 30. 12. 10 in Neumünster ausgestellt. Es darf auf diese Karte keine Unterstüßung ausgezahlt werden. Die Karte ist einzufenden.

Die Mitgliedsbücher lautend auf H. Idee aus Rheda, S. I, 55660, aufgen. am 11. 8. 06, Kl. III.

Friedrich Idee aus Rheda, S. I, 55658, aufgen. am 18. 8. 06, Kl. III.

F. Witz aus Heide, S. II, 7986, geb. am 2. 4. 60, aufgen. am 4. 10. 01, Kl. V.

Ohne Abmeldung abgereicht:

Son Apolda Elsa Reichelt aus Freiberg i. S., aufgen. am 16. 4. 10.

Abrechnungen für das 4. Quartal 1910

gingen in der Zeit vom 10. bis 16. Januar 1911 beim Vorstand ein:

Vom 1. Gau: Altona, Hamburg, Barmbeck, Lübeck, Badensleben; 2. Gau: Barel, Bremen, Verden, Bremen-Hemelingen, Achim; 3. Gau: Herrhausen, Freden, Gardelegen, Hannover, Goslar, Tangermünde, Magdeburg, Halberstadt, Dessau, Wolfenbüttel, Verburg, Calbe, Gernrode, St. Andreasberg, Zerbst, Helmstedt; 4. Gau: Mühlhausen, Oberode, Sedemünden, Rotenburg, Uslar, Altmorschen, Northeim, Kleinmalmerode, Nordhausen; 5. Gau: Langendreer, Bünde, Berthar, Lübbecke, Lemgo, Löwenstein-Thal, Schötmar, Neuentkirchen, St. Annen, Brake in Lippe; 6. Gau: Greth, Kettwig, Düsseldorf, Kreuznach; 7. Gau: Rangenfelbold, Zellhausen, Raunsbach, Beerfelden, Hanau, Huchelheim, Pfungstadt, Fräntisch-Krumbach, Krosdorf, Lorch, Wiedenbach, Groß-Linden, Froschhausen, Gießen, Klein-Auheim; 8. Gau: Redareiz, Schmellingen, Hasloch, Sandhausen, Mannheim, Ebentoben, Sandhofen, Neulubheim, Kirchheim, Oggersheim, Ebingen, Speyer, Walldorf, Rohrbach, Sedenheim;

Ein gefährlicher Vorschlag auf dem Arbeitsnachweis-Kongress.

Das Problem des Arbeitsnachweises haben die organisierten Arbeiter von jeher zum Gegenstand ihres lebhaftesten Interesses gemacht. Ihre Auffassung über die geeignetste Form desselben hat im Laufe der Zeit eine recht interessante Entwicklung durchgemacht. Der stetige Umschwung der Meinungen kommt in den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse zum Ausdruck. In Berlin (1896) wurde noch jede Beteiligung an den öffentlichen Arbeitsnachweisen strikte abgelehnt. Nach der in Frankfurt (1899) angenommenen Resolution wurde die Anteilnahme unter gewissen Voraussetzungen gestattet. Allgemein vorherrschend war aber noch immer die Meinung, daß der Arbeitsnachweis in die Hände der Verkäufer der Ware Arbeitskraft gehöre. Seitdem hat sich die Wandlung weiter vollzogen, nach der Richtung hin, daß die Gewerkschaften heute fast ausnahmslos und rückhaltslos für gemeinnützige, paritätische verwaltete Nachweise eintreten.

Diesen Umschwung der Stellungnahme gegenüber der Institution des Arbeitsnachweises haben die Unternehmer vielfach dahin ausgelegt, daß die Gewerkschaften nunmehr auf Umwegen zu erreichen suchten, was sie anders nicht hätten durchsetzen können. Nämlich die ausschließliche Beherrschung des Arbeitsmarktes für ihre, das heißt der Arbeiter Interessen. Wäre dies der Fall, wir bräuchten die Gewerkschaften deshalb wahrlich nicht entschuldigen; es ist das gute Recht, nein, die Pflicht der Gewerkschaften, die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern.

Auf dem Arbeitsnachweiskongress, der am 27. und 28. Oktober in Breslau tagte, wurde bei dem Punkte: Einseitige Arbeitgeber- und Arbeiternachweise auch die Frage der Parität in der Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise mit erörtert. Dr. Kessler und Regierungsrat Dominicus (Straßburg) referierten hierüber. In der Diskussion stimmten die zahlreich vertretenen Generalsekretäre der Arbeitgeberverbände bewegliche Klagen an. Die organisierten Arbeiter verstanden es ausgezeichnet, ihren Einfluß auch in den öffentlichen Arbeitsnachweisen auszuüben; sie seien eifriger, hätten mehr Zeit. Den großen Industriekapitänen, die schon einen erheblichen Teil ihrer kostbaren Zeit dem Interesse des Gesamtwohls opferten (?), könne man nicht zumuten, täglich ein paar Stunden auf dem Nachweis zu sitzen.

Die Herren Generalsekretäre, deren Aufgabe es ist, die Theorie des absoluten Herrtums juristisch und ethisch zu begründen, brauchen ja nicht begreifen, oder dürfen es doch nicht zugeben, daß diese Wandlung in der Auffassung gegenüber den Arbeitsnachweisinstitutionen nur eine Folge ist der Entwicklung, die die Gewerkschaften durchgemacht haben. Die reale Macht der Gewerkschaften ist derart gewachsen, daß sie heute ihre Forderungen nicht mehr auf dem Umwege der Arbeitsnachweise durchzusetzen brauchen. Sie haben die Unternehmer gezwungen, auf Tarifverträge einzugehen, durch die meist auch der Nachweis eine Regelung erfährt.

Das Vertrauen der Arbeiter zu den öffentlichen Nachweisen steht und fällt mit dem Verhalten dieser Institutionen bei Streiks und Aussperrungen. Bei den meisten dieser Nachweise besteht zurzeit die sogenannte „Streik-Klausel“, wonach bei einem Streik die Tätigkeit der Nachweisstelle wohl aufrechterhalten wird, aber der Beamte hat die Arbeitsuchenden von dem Bestehen der Differenzen in Kenntnis zu setzen. Damit sind die Unternehmer natürlich nicht einverstanden, und sie berufen sich mit Vorliebe auf die Streikklausel, wenn sie ihre Gegnerschaft die öffentlichen Nachweise zu begründen haben. Wohl um den Widerstand der Arbeitgeber zu überwinden, stellten die beiden Referenten übereinstimmend die These auf, es bestehe heute bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen die Parität noch nicht, es sei vielmehr nötig, den Arbeitgebern auch die Namen der Streikenden mitzuteilen. Nur so könnten beide Interessengruppen Vertrauen zu dem Nachweis haben.

Es wird nicht möglich sein, im Rahmen eines kurzen Zeitungsartikels diesen Gegenstand erschöpfend zu behandeln; so viel steht fest, daß die Arbeiter niemals auf eine solche „Parität“ eingehen könnten. Das ist hyperparitätisch, das ist die Neutralität der preussischen Regierung, die russische Flüchtlinge heileibe nicht ausweist, sondern sie „nur bis an die russische Grenze bringt, wo sie in die Arme der russischen Gendarmen fallen müssen.“

Die Unternehmer haben dann nicht mehr nötig, schwarze Listen zu führen, diese Bemühung nimmt ihnen der öffentliche Arbeitsnachweis ab. Auf diese Weise wird die Parität zu einer Art Fetisch, dem schließlich auch die Wohlfahrt Tausender von Arbeitern geopfert werden muß. Die Herren vergessen dabei ganz, daß eine wirkliche Parität schon auf der untersten Basis fehlt. Der einzelne Unternehmer hat ungleich viel mehr wirtschaftliche Macht, als der einzelne Arbeiter. Diese können erst durch die Organisation, oft auch nur ungenügend, dem Einfluß des einen Unternehmers ein Gegengewicht bieten. Schließen sich die Unternehmer zu einer Organisation zusammen, so haben sie wieder einen bedeutenden Vorsprung vor den Arbeitern. Die automatische Anwendung der Parität ist darum nicht ohne weiteres anwendbar, wenigstens dann nicht, wenn man den Arbeitern als den wirtschaftlich Schwächeren dienen will. Die ganze soziale Gesetzgebung beruht auf dem Gedanken, daß der wirtschaftlich Schwache geschützt werden müsse.

Die paritätisch verwalteten öffentlichen Arbeitsnachweise sind bisher von der organisierten Arbeiterschaft in jeder Weise gestützt und gefördert worden. Sie ist die Trägerin dieser Institutionen gewesen, entzieht sie ihnen ihr Vertrauen, so werden diese Einrichtungen ein erhebliches Teil ihrer Bedeutung verlieren. Von den anwesenden Vertretern der Arbeiterschaft wurde denn auch sofort erklärt, daß mit der Durchführung einer solchen Maß-

regel das Interesse der Arbeiter an den paritätischen Arbeitsnachweisen vorbei sein werde.

Wo daher bis jetzt keine paritätischen Arbeitsnachweise bestehen und auch nicht zustande kommen, muß es Aufgabe der Gewerkschaften sein, die Arbeitsvermittlung in eigene Verwaltung zu nehmen, soweit das bisher noch nicht geschehen ist. Je eher dies geschieht, desto mehr werden die Arbeiter den Nutzen derselben erkennen.

Husbeuterängste.

Bekanntlich beabsichtigen die freien Gewerkschaften, sich an der internationalen Ausstellung für Hygiene zu beteiligen, besonders gedenken sie, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Heimarbeiter zur objektiven Darstellung zu bringen. Die Ausstellung wird Anfang Mai in Dresden eröffnet werden und sechs Monate dauern.

Als diese Absicht der freien Gewerkschaften bekannt wurde, bemächtigte sich der Unternehmerkreise eine gewisse Unruhe, die schließlich zu Versuchen führte, die Beteiligung der Arbeiter an der Ausstellung zu hintertreiben. Auf dem Umwege über die sächsische Regierung wandte man sich an das Ausstellungskomitee mit eindringlichen Vorstellungen, ohne jedoch die angestrebte Zurückweisung der Gewerkschaften zu erreichen. Die Tatsache steht fest, und man wird sie nicht ableugnen können, daß die sächsische Regierung auf den Wunsch der Industriellen hin die Ausschaltung der Gewerkschaften verlangt — oder sagen wir angestrebt hat. Zunächst ist ihr das noch nicht gelungen; ob es ihr jedoch nicht doch noch gelingen wird, ist noch sehr fraglich.

Jetzt haben die Industriellen einen neuen Vorstoß unternommen. Der Verband Sächsischer Industrieller hat sich mit einer Eingabe an das Ministerium des Innern gewandt, in der er seine Bedenken gegen die geplante Ausstellung der Heimarbeiter seitens der Gewerkschaften erneut geltend macht. In der Eingabe wird die Heimarbeiter natürlich so herausgestrichen, daß der, der ihr fremd gegenübersteht, glauben muß, sie sei ein wahrer Jungbrunnen für das Volk. Zunächst wird behauptet, daß die Heimarbeiter für viele Bezirke erst die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung gegeben habe. Das ist eine Vergewaltigung der geschichtlichen Tatsachen, man müßte sonst unter „wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung“ die Züchtung schwerreicher Kapitalisten verstehen. In Wahrheit ist dort, wo sich die Produktionsform der Heimarbeiter unter dem Einflusse des Kapitalismus nicht zur Fabrik- oder Werkstattdarbeit wandelte, eine Aufwärtsentwicklung überhaupt nicht in dem Sinne eingetreten, daß sich der Wohlstand der an der Produktion beteiligten Bevölkerung gehoben hätte. Was man hier in tendenziöser Verzerrung „wirtschaftliche Aufwärtsbewegung“ nennt, ist nichts weiter als die allerdings sehr gesteigerte Produktivität der Heimarbeiter, die in diesem Falle identisch ist mit gesteigerter Ausbeutung und gesteigertem Elend. Selbstverständlich hatte die Heimarbeiter zu einer Zeit, die noch keinen Raum für moderne Großbetriebe bot, ihre soziale Berechtigung; sie verlor sie aber, als die Heimarbeiter den letzten Rest ihrer einstigen Selbständigkeit eingebüßt hatten und nichts weiter waren als Lohnarbeiter. Die Beibehaltung der Form der Heimarbeiter war von da an wegen der damit verbundenen Wirkungen auf die Lebensverhältnisse der Arbeiter mit dem Makel der sozialen Unmoral behaftet, den man vergewaltigt mit der Rentabilität der Produktion für den Unternehmer zu verdecken sucht.

Die Industriellen behaupten weiter, die Heimarbeiter stelle eine „durchaus gesunde Form des Erwerbes“ dar und führen als Beweis dafür die geringere Kriminalität der heimararbeitenden Jugend gegenüber den jungen Fabrikarbeitern ins Feld. Dieser Umstand soll der Heimarbeiter ein sittlich erzieherisches Moment geben. — Wenn man bei diesen Worten jener Unternehmerleistung an die kümmerlichen, müden Gestalten der Kinder denkt, die man bei der Verfertigung der Spielwaren und ähnlicher Heimarbeitsartikel gesehen; wenn man sich vorstellt, wie diese vom Kapitalismus um ihr Jugendglück betrogenen Kinder bis in die sinkende Nacht hinein mit begluehtem Rücken über ihrer Arbeit sitzen, wie in ihrem Geiste alles Frohe und nach außen Strebende von dem Gedanken an die Arbeit und an den Erwerb erstickt und ertötet wird, und wenn man sich klar wird, wie diese unglücklichen Wesen alles das nicht kennen, was andere Kinder aufjauchzen läßt und woran man sich das ganze Leben hindurch das Herz wärmen kann, dann empfindet man diese Beweisführung der sächsischen Industriellen als eine empörende Frivolität, als einen Ausfluß sittlicher Verwahrlosung! Denn was befragt die Berufung auf die geringere Kriminalität der Jugendlichen in der Heimararbeit? Sie besagt, daß es für die Gesellschaft nützlich sei, den Proletariatskindern die Freiheit zu nehmen und sie in das Joch der Erwerbsarbeit zu spannen, da sie sonst zu Verbrechern würden. Damit ist im Grunde genommen ein schweres Verdammungsurteil über die heutige Gesellschaft ausgesprochen. Aber ist es nicht ein Zynismus sondergleichen, die Arbeitsklaverei der Heimarbeiterjugend mit der Kriminalität der Jugend in den Fabrikkästen zu verteidigen, mit demselben Nebel, an dem der Kapitalismus gleichfalls sein gerüttelt Maß an Schuld trägt? Erst nimmt man der Jugend in den Fabrikkästen die elterliche Erziehung, indem man die Eltern zwingt, in die Fabrik zu gehen und die Kinder wild aufwachsen zu lassen. Und wenn dann die natürliche Folge eine größere Kriminalität dieser Jugend ist, so nimmt man dies selbst heraufbeschworene Nebel zur Rechtfertigung einer andern Insamie!

Auf der gleichen Stufe steht der weitere Versuch, die Heimarbeiter als nützlich hinzustellen, der in der Behauptung gipfelt, die Kunstfertigkeit der Arbeiter in vielen sächsischen Bezirken der Stickerie und Spitzenindustrie sei nur dadurch erzielt worden, daß sie von Jugend auf an die Beschäftigung gewöhnt seien. Wir dürfen wohl sagen,

daß auf eine Kunstfertigkeit, die nur durch die Preisgabe der Jugend erreicht werden kann, mit Recht zu pfeifen ist.

Recht haben die Industriellen darin, daß die freien Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie die Abschaffung der Heimarbeiter anstreben. Bekennen wir uns ruhig zu dieser Ansicht. Aber weil wir die Beseitigung der Heimarbeiter anstreben, darum befürchtet der Verband Sächsischer Industrieller, daß es die Absicht der freien Gewerkschaften sei, auf der internationalen Hygieneausstellung „durch eine bewußte Glendmalerei Abscheu vor der Heimarbeiter zu erwecken“. Die Gewerkschaften könnten, das ist unsere Meinung darüber, so etwas nur vorhaben, wenn sie beabsichtigten, die Geschäfte der Kapitalisten zu besorgen. Denn so weit können auch die Gewerkschaften sehen, daß ihren Bestrebungen nichts hinderlicher sein kann, als Uebertreibungen, die den Nutznießern des Heimarbeiterelends die beste Waffe gäben, um die Kritik niederzuschlagen. Das ist ja so selbstverständlich, wie nur etwas sein kann. Die gewerkschaftliche Heimarbeiterausstellung wird sich, das können wir schon heute versichern, von jeder Uebertreibung fernhalten, sie wird durchaus objektiv sein und gerade in der sachgetreuen Darstellung der Wirklichkeit ihre Stärke suchen. Und daneben wird sie sorgen, daß alles Ausgestellte jedem Besucher die Garantien der Echtheit bietet.

Der Industriellenverband fordert nun von der Regierung, auf die Leitung der Ausstellung dahin einzuwirken, daß eine Aufnahmecommission gebildet wird, die, aus Arbeitern, Unternehmern und Unparteiischen bestehend, die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Ausstellungsgegenstände prüft. Die Zulassung der Gewerkschaften soll davon abhängig gemacht werden, ob sie dieser Forderung zustimmen. Bisher ist noch nicht bekannt, welche Stellung die Regierung zu dieser Forderung einnimmt. Das kann man auch ruhig abwarten. Die Entscheidung der Gewerkschaften, die eine besondere Kommission mit den Vorarbeiten zu der Ausstellung betraut haben, wollen wir nicht vorgehen. Ob sie eine Bedingung, wie sie ihnen nach der Forderung des Industriellenverbandes gestellt werden soll, annehmen können, bedarf der kritischen Prüfung, in die wir hier nicht eintreten können. Uns kam es darauf an, an der Hand dieser Eingabe einen Einblick in die Seele des Kapitalismus zu tun und unsre Leser auf die Wühlereien und geheimen Umtriebe aufmerksam zu machen, von denen noch nicht abzusehen ist, ob sie ihr Ziel erreichen werden, von denen aber das feststeht, daß sie Äußerungen eines schuldbeladenen Gewissens sind.

Bewerklichliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Burgdamm. Die Differenzen bei der Firma D. L. Petersen (Sitz Hamburg) sind zugunsten der Arbeiter erledigt.

Haynau i. Schl. Der Streik bei der Firma Schwaabe u. Seidel dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Pölsig (S.-A.). Der Streik bei der Firma R. Bauh dauert fort. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Gera (Reuß i. L.). Seit dem 3. Dezember d. J. befinden sich die Arbeiter der Firma Laspe u. Co. im Streik, weil die Firma es ablehnt, die bestehenden Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. Vor Zugang wird gewarnt.

Der Zugang ist noch fernzuhalten: Dahme i. M.: Firma H. G. Loel.

Gehlenbed i. Weitz.: Firma W. Seiden (Sitz Gesteinmünde).

Schwäbisch-Hall: Firma R. Neumann.

Waltersdorf b. Erkner: Firma G. Wustrow.

Die holländischen Zigarrenarbeiter beabsichtigen, in eine Lohnbewegung einzutreten. In einer zu diesem Zweck abgehaltenen Komiteesitzung am 9. Dezember 1910 in Antwerpen wurden die Vorbereitungen hierzu besprochen und erklärt, daß eine zehnprozentige Lohn-erhöhung den äußerst niedrig stehenden Verdienst nicht so heben könnte, wie es unbedingt erforderlich sei. Obgleich die Absicht besteht, durch Unterhandlungen mit den Fabrikanten in friedlichem Wege eine Aufbesserung der Lage der Zigarrenarbeiter zu erreichen, ist doch der feste Wille vorhanden, im Falle einer Ablehnung der zu stellenden Forderungen den Kampf aufzunehmen und die Verbesserung durchzusetzen, koste es, was es wolle.

Zunächst wird im Organ des Verbandes, im Tabakarbeiter, aufgefordert, alle Unorganisierten für die Organisation zu gewinnen. Weitere Mitteilungen sollen später erfolgen.

Emma Threr.

Der Besten eine ist von uns gegangen! Eine von denen, die mit zu den Pionieren der proletarischen Frauenbewegung gehören, und die bis an ihres Lebens Ende ihr bestes Können und all ihr warmes Empfinden in den Dienst dieser Bewegung stellten.

Als unsere Genossin Threr begann, die Mühelastigsten und Beladensten, die Frauen, um das Banner des Sozialismus zu scharen, da waren die Hindernisse noch schier unübersehbar, die es zu überwinden galt. Die ganze Arbeiterbewegung war noch verhältnismäßig jung, unentwickelt und schwach. Der bleierne Druck des Sozialistengesetzes hemmte die Bewegungsfreiheit und die öffentliche Agitation. Und wo doch hier und da die Bewegung wieder zu regen begann, da griffen Polizei und Justiz rücksichtslos und brutal ein, um jedes neue Aufleben im Keim zu ertöten. Es gehörte ungemein viel Geduld, Ausdauer, Kraft und Mut dazu, immer und immer von neuem wieder anzufangen und zehnmal Zertrümmertes

wieder aufzubauen. Um so mehr, da es gleichzeitig noch den Kampf zu führen galt gegen die vielen Widerstände, gegen Rückständigkeit und Unverständnis in den Kreisen der Arbeiterchaft selbst. Denn im Beginn der Arbeiterbewegung schleppten auch die Proletarier, männliche und weibliche, noch einen ganzen Sack alter Ueberlieferungen und Anschauungen mit einher, besonders gegenüber der Frau, ihrer Stellung in Staat und Gesellschaft und ihrer Betätigung im öffentlichen Leben.

Doch auch das ward überwunden mit dem Erstarken der Bewegung, und sie selbst hat durch ihr treues Aus-harren, wozu ihre Begeisterung für die Bewegung und ihre Frohnatur ihr die Kraft gegeben, nicht wenig dazu beigetragen.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes, als überall unter den Proletariern es sich kraftvoller zu regen begann, da war es in erster Linie unsere Emmy, die in Nord und Süd, in Ost und West bemüht war, neben den Männern auch die Frauen zum Klassenkampf aufzurufen. Und wenn auch fast überall die neugegründeten Frauenvereine den reaktionären Bestimmungen der vielgestaltigen Vereinsgesetze zum Opfer fielen, so war auch diese Arbeit gewiß keine vergebliche. Der Gedanke: „Ihr Frauen müßt selber um eure Befreiung aus Geschlechts- und Lohnsklaverei kämpfen“, er war unter die Massen geworfen.

Gehört Genossin Ihrer also zu denen, die die Grundsteine für die proletarische Frauenbewegung in Deutschland legen halfen, ja zu denen, die nicht weniger erfolgreich im Auslande wirkten, so in der Schweiz, in Desterreich, und die während des internationalen Kongresses auch in Kopenhagen zu den Proletarierinnen sprach, so gehört sie aber auch zu denen, die unausgesetzt weiter Stein um Stein zu dem Bau unserer proletarischen Frauenbewegung herbeitrugen; und wenn wir zurzeit zirka 100 000 weibliche Parteimitglieder zählen, so steht in dieser Zahl ein beträchtliches Stück der erfolgreichen Propagandarbeit unserer Genossin Ihrer. Frühzeitig erkannte Genossin Ihrer, daß die mündliche Werbearbeit unter den Frauen unterstützt und verbreitet werden müsse durch eine entsprechende schriftliche.

Sie selbst ging mit all ihren Kräften voran und sah zu ihrer Freude die Erfolge in dem schnellen Wachstum der Arbeiterinnenbewegung.

Nun hat der Tod sie schnell und zu früh von uns gerissen. Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen aber werden ihr ein bleibendes und ehrendes Andenken bewahren.

Mutter- und Säuglingsschutz, eine dringende Notwendigkeit.

Erschreckend hoch ist in Deutschland die Säuglingssterblichkeit. 1908 starben 18,5 Prozent der Kinder im ersten Lebensjahr und 1904 sogar 19,6 Prozent, oder in absoluten Zahlen ausgedrückt zirka 400 000 im Jahre. 7000 Frauen werden noch alljährlich durch das Kindbettfieber hinweggerafft und 10 000 Frauen sterben außerdem an den Folgen der Geburt. Das sind fürchterliche Opfer. Opfer, die fallen dank der traurigen, sozialen Verhältnisse, in denen weite Schichten unseres Volkes leben müssen.

Kindererwerbsarbeit, Ueberlastung der Jugendlichen mit Erwerbsarbeit, Unterernährung, die schädlichen Einflüsse unserer elenden Wohnungsverhältnisse u. a. m. bedingen, daß sehr oft das junge Mädchen schon einen kranken Körper in die Ehe mitbringt. Muß dann in der Ehe die Erwerbsarbeit fortgesetzt werden, muß die junge Frau die Arbeit fortsetzen im schwangeren Zustande bis kurz vor der Entbindung, oder alsbald wieder nach dieser aufnehmen, wirken wohl gar noch gewerbliche Gifte oder krankmachende Arbeitsmethoden verderbenbringend auf den Organismus der Frau und damit auf den Organismus des werdenden Kindes, so erscheinen die Folgen, die uns in den obigen Zahlen entgegentreten, erklärlich.

Diese, die Gesundheit zerstörenden Einflüsse zeitigen aber außer der hohen Mütter- und Säuglingssterblichkeit noch andre tieftraurige Folgen: Schmerzhaft, quälende Frauenkrankheiten, frühes Siechtum und Invaliddität der Mütter, kranke, breihaftige und verkrüppelte Leiber der Kinder.

Bei der ersten amtlichen Krüppelzählung im Jahre 1907 wurden 75 183 jugendliche Krüppel in Deutschland gezählt, dabei waren Bayern, Württemberg und Baden noch gar nicht mitgezählt, weil diese Staaten eine andre Zählmethode angewandt hatten. Tatsächlich ist also die Zahl der jugendlichen Krüppel noch bedeutend höher. Zum Teil sind diese Armersten als Krüppel geboren, vielleicht infolge der Erwerbsarbeit der Mutter, zum Teil sind sie nach der Geburt verkrüppelt, meistens, weil ihnen die Mutterbrust geraubt ward, da die Mutter wieder in die Erwerbsarbeit trieb, oder der Organismus der Mutter schon so zermürbt war, daß der natürliche Nahrungsquell, die Mutterbrust, verstopfte. Die Entziehung der Mutterbrust ist, neben den genannten krankmachenden Einflüssen, auch die Hauptursache der großen Säuglingssterblichkeit.

Die Muttermilch ist eben die beste, gesündeste, weil natürlichste Nahrung für den Säugling. Sie bedeutet die natürliche Fortsetzung der Ernährung des Kindes, wie sie im Mutterleibe begann. Die Muttermilch enthält neben den ernährenden Substanzen auch solche, die die Verdauung erleichtern und fördern und deshalb die schwachen Verdauungsorgane des Säuglings entlasten. Hinzu kommt, daß bei Ernährung durch Muttermilch keine Gärungs- und Krankheitskeime mit in den Magen des Säuglings gelangen, wie das bei Ernährung durch Kuhmilch oder Mehlspeisen sehr leicht und oft geschieht.

Soll Leben und Gesundheit von Mutter und Säugling geschützt werden, so gilt es, zunächst die Kinder- und Arbeiterinnenschutzgesetzgebung auszubauen, um all die gesundheitsschädlichen Einflüsse auf den Organismus der Frau und den des werdenden Kindes abzumwachen.

Dann aber gilt es, die Schwangeren und Wöchnerinnen zu schützen und dem Kinde die natürliche Nahrung zu sichern. Und um das zu erlangen, muß gehandelt werden: Verbot der Erwerbsarbeit kurz (8 Wochen) vor und nach der Entbindung und Ersatz des Lohnausfalls während dieser Zeit! Zu diesem Ersatz des Lohnausfalls, wodurch der Schwangeren und Wöchnerin für die angegebene Zeit

Ruhe und Pflege garantiert wird, müßte alsdann noch für eine weitere Zeit (26 Wochen) ein teilweiser Ersatz des Lohnes gewährt werden, um der jungen Mutter das Stillen zu ermöglichen.

Diese Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, desgleichen das Stillgeld in Höhe des gesetzlichen Krankengelds, müßte als Pflichtleistung den Krankenkassen auferlegt werden, bei denen die Arbeiterinnen versichert sind. Um allen Arbeiterinnen diese Fürsorge zu sichern, wäre die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle erwerbstätigen Frauen eine Notwendigkeit.

Doch nicht nur die erwerbstätigen Frauen sind in der angegebenen Weise fürsorgebedürftig, sondern ebenso sehr weite Schichten der Hausfrauen und Töchter in Arbeiterkreisen und in den Kreisen des Kleinbürgertums. Auf sie alle, sofern ihr Familieneinkommen 5000 Mk. nicht übersteigt, müßte deshalb die Krankenversicherung und damit die Fürsorgepflicht ausgedehnt werden. Denn die schlimmen Folgen, die die Arbeitsüberbürdung für die Arbeiterinnen hat, bringt bei den Hausfrauen und Töchtern mangelnde Ernährung und Pflege mit sich.

Würde dann weiter allen Schwangeren und Wöchnerinnen des bezeichneten Kreises die Geburtshilfe und die ärztliche Hilfe bei den Schwangerschaftsbeschwerden unentgeltlich von den Krankenkassen gewährt, so würde die Zahl der Opfer, die heute fallen, schon stark vermindert.

Der Reichstag wird, wenn er über die Reichsversicherungsordnung entscheidet, auch über die Frage des erweiterten Mutter- und Säuglingsschutzes entscheiden.

Sache unserer Frauen ist es, überall im Einverständnis mit den Organisationen die Propaganda in möglichst intensiver Weise zugunsten der obigen Mindestforderungen zu entfalten.

Berichte.

St. Annen. Am 11. Januar fand beim Kollegen Wilhelm Hörmann in Niemsloh eine Tabakarbeiterversammlung statt, in welcher der Kollege Niehaus aus Siedlengern referierte über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Tabakarbeiter. Nachdem in zirka 45minütiger Rede an der Hand eigener Erfahrung der Referent praktisch und theoretisch das Statut des Verbandes auseinandergesetzt und die Folgen des neuen Tabaksteuergesetzes und seine Wirkung auf die Tabakarbeiter geschildert hatte, wobei er allgemeine Zustimmung fand, da die Kollegen auch im vorigen Jahre über 38 Wochen bei einer Unterstützung von ¼ des im Vorjahre verdienten Lohnes feiern mußten, erklärten sich zehn Kollegen und zwei Kolleginnen zum Beitritt in den Deutschen Tabakarbeiterverband bereit. Dieselben wurden an die Zahlstelle St. Annen angegliedert und die so gut verlaufene Versammlung wurde mit dem Bunsche geschlossen, es möchten doch alle Kollegen und Kolleginnen Deutschlands einsehen, wie wichtig die Organisation ist.

Frankenberg. Am 2. Januar fand im Stadtpark eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Wahl des Gesamtvorstandes; 3. Wahl der Kartelldelegierten; 4. Wahl eines Delegierten zum Heimarbeiterkongress; 5. Vereinsangelegenheiten. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Kollege Max Köhler den Kartellbericht, welcher für richtig befunden wurde. Als Vorstandsmitglied wurden die Kollegen Hermann Fischer, Max Köhler und Paul Arnold, als Revisoren Otto Lehmann, Richard Fischer und Hermann Richter gewählt. Als Kartelldelegierte wurden die früheren wiedergewählt. Nach kurzen Ausführungen des Kollegen Fischer über den Zweck des Heimarbeiterkongresses wurde die Wahl eines Delegierten vorgenommen. Von den vorgeschlagenen Delegierten erhielten Otto Benz 19, H. Hoffmann 11 und Pintauf 1 Stimme. Unter Vereinsangelegenheiten machte Kollege G. Lehmann einige Ausführungen über das Herbergswesen. Ferner wurde beschlossen, am Sonnabend, den 18. Febr., ein Tanzvergügen im Stadtpark abzuhalten und als Festbeitrag von jedem Teilnehmer 10 Pfg. zu erheben. Der Vorsitzende erjuchte zum Schluss die Mitglieder, die Versammlungen besser zu besuchen und das beschlossene Vergnügen durch zahlreiche Beteiligung zu verschönern.

Goch. Am 8. Januar fand unsere jährliche Generalversammlung statt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Karl van Sambel 1. Bevollmächtigter, Joh. Rothgang 2. Bevollmächtigter, Heinrich Adams 3. Bevollmächtigter; als Kontrollreure: Franz Gerigen, Joh. van Leyen, Tillmann Janßen. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal. Da dieselbe in der besten Ordnung befunden ward, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf wurde zum Punkt: Entwurf der Regierung über den Heimarbeiterkongress dem Kollegen Gausleiter Klein-Kölln das Wort erteilt. Ausgehend von dem am 28. November stattgefundenen Kongress der Tabakfabrikanten Deutschlands, besprach der Redner im einzelnen die Taktik derselben. Sie gehe nur darauf aus, das bisher von den Tabakarbeitern Erzielte illusorisch zu machen. Besonders im Rheinland und in Westfalen sei dieses der Fall. Die Fabrikanten haben sich zu einem großen Verbands zusammengeschlossen unter der Leitung ihrer Zentrale in Berlin. Wenn auch die einzelnen Fabrikantenverbände noch weiter bestehen unter ihren bisherigen Namen, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Arbeitgeber sich zu einem Ganzen zusammenschließen, um gegebenenfalls den Arbeitern geschlossen gegenüber zu stehen. Und wie die Unternehmer zusammenhalten, habe zur Evidenz die Bewegung der Firma Mertens-Clewe bewiesen. Darum heiße es für uns auf der Hut sein, und es müsse dieses Vorgehen der Fabrikanten für uns ein Ansporn sein, es ihnen gleich zu tun. Leider aber gäbe es unter den Arbeitern noch viel Uneinigkeit. Warum organisieren sich die Arbeiter nicht in einem Verband ihres Berufes wie die Unternehmer? Diese kümmern sich nicht um konfessionelle Fragen. Da sitzt alles nebeneinander ohne Rücksicht auf religiöse Bekenntnisse. Und was diese in dieser Hinsicht tun, das sollten auch die Arbeiter sich zu eigen machen, dann wären sie eine noch größere Macht, mit der die Unternehmer zu rechnen hätten. Der Redner kam dann auf den Heimarbeiterkongressentwurf zu sprechen. Schon vor 25 bis 30 Jahren seien Anträge von den Führern der modernen Arbeiterbewegung, wie Webel, Frigische usw., zum Schutze der Heimarbeiter gestellt worden. Diese seien aber damals verworfen. Auch später, durch die freien Gewerkschaften zum Schutze der Heimarbeiter gestellten Anträge seien ebenfalls von der Regierung nicht angenommen worden. Im Jahre 1904 sei dann der erste Heimarbeiterkongress einberufen worden nach Berlin. Hier sei jowiel belastendes Material gebracht worden, daß die Regierung sich gezwungen sah, eine Gesetzesvorlage zu schaffen. Die hierzu von den freien Gewerkschaften gestellten Mindestforderungen wurden von seiten der Unternehmer scharf bekämpft, und so wurde aus dem ganzen nichts, weil die Regierung dem Drängen der Unternehmer gegenüber kapituliert. Nun sei wieder ein Entwurf für Arbeiterschutz geschaffen. In diesem seien aber viele Verschlechterungen eingeführt. Hiergegen müßte auf das entschiedenste protestiert werden durch den Heimarbeiterkongress. Hoffentlich käme jetzt etwas Positives zustande. Es wäre sehr zu wünschen, daß wenigstens die schon 1904 gestellten Anträge (Mindestforderungen) der freien Gewerkschaften durchkämen. Wenn dies der Fall wäre, sei es auch Pflicht der Kollegen, sich streng an die Bestimmungen zu halten. Redner führte dann an, wie die Fabrikanten verjuchten, die Heimarbeiter einzuführen. Dieses sei für uns sehr schädigend und dagegen

müßte mit aller Schärfe gekämpft werden. Wollen wir unsere Positionen behaupten, so ist es notwendig, daß jeder Kollege in der Agitation tätig und bestrebt ist, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Denn je stärker wir sind, desto mehr Einfluß gewinnen wir auf die Unternehmer. Den Ausführungen folgte allgemeiner Beifall. Nachdem dann noch der 2. Bevollmächtigte, Kollege Rothgang, in einigen Worten die Mitglieder ermahnt hatte, sich das neue Statut ordentlich durchzulesen und sich danach zu richten, außerdem pünktlich die Beiträge zu entrichten und tüchtig in der Agitation tätig zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

Jauer. Am 4. Januar fand unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom vierten Quartal; 2. Wahl der Ortsverwaltung; 3. Wahl eines Delegierten zum Heimarbeiterkongress; 4. Kartellbericht und Bericht des Vorstandes. Der Kartellbericht ergab eine Einnahme von 295,51 Mk. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und der Kassierer entlastet. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Eduard Schwebler als 1. Bevollmächtigter, Heinrich Tielisch als 2. und Richard Hoffmann als Schriftführer. Revisoren wurden Verthold Katterwe und Otto Schneider. Bei der Wahl zum Heimarbeiterkongress wurden für den Delegierten D. Seibt-Görlich neun Stimmen abgegeben. Den Kartellbericht gab Kollege Tielisch. Er erwähnte, daß auch hier eine Jugendorganisation gegründet worden ist und die Errichtung einer Rechtsanwaltsstelle bevorstehe. Zur Anschaffung der Bücher zur Anwaltsstelle wurden aus der Lokalkasse 3 Mk. bewilligt. Die Versammlung war sehr schwach besucht, und es wäre zu wünschen, daß sich alle Mitglieder an den Versammlungen zahlreich beteiligen. Oder denken die Kollegen, sie haben es nicht nötig zu erscheinen? Fürchten die Kollegen der Firma Urban, sie werden aus ihrem schönen Paradiese entlassen, wenn sie nur unser Vereinslokal betreten? Es ist wirklich Zeit, daß sich die Tabakarbeiter von Jauer aufrufen und zusammenschließen zum Wohle der gesamten Tabakarbeiterchaft.

Langenbielau. Die am 7. Januar im Goldenen Stern abgehaltene Generalversammlung der organisierten Tabakarbeiter beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910; 2. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung; 3. Kartellbericht und Neuwahl eines Delegierten; 4. Lokalkasse; 5. Verschiedenes. Nachdem der 2. Bev. Kollege W. Mißch die Abrechnung bekannt gegeben hatte und diese von den Revisoren als richtig bestätigt war, wurde ihm auf Antrag Entlastung erteilt. In die Verwaltung wurden die bisherigen Kollegen P. Hahn als 1., W. Mißch als 2. und P. Pietad als 3. Bevollmächtigter wiedergewählt. Zu Revisoren wurden Frau Gieseler wieder, P. Giesemann und Fräulein Marie Nowitsky neugewählt. Unter Kartellbericht bedauerte der Delegierte Kollege Hahn, den Bericht der letzten Kartellführung umfänglich nicht geben zu können, und versicherte, daß er dies bei der nächsten Gelegenheit mit erledigen werde. Bei der darauf folgenden Delegiertenwahl bestimmte die Versammlung einstimmig wieder Kollegen Hahn als solchen ins Kartell. Zu Punkt 4 gab der 1. Bev. bekannt, daß die Frage einer Lokalkasse nun bereits ein Jahr besteht und von der letzten Mitgliederversammlung auf Wunsch mehrerer Mitglieder auch auf die Tagesordnung gesetzt wurde; jedoch hielt man es infolge mangelhaften Versammlungsbefehls für ratsam, die Sache nicht zu beraten, sondern sie zur nächsten, d. h. der gegenwärtigen, Versammlung zurückzustellen. In kurzer Ausführung erörterte er den Zweck einer solchen Kasse und bemerkte dabei, daß eine Lokalkasse eine zwingende Notwendigkeit gerade nicht sei, betonte aber, daß diese, sobald sie beschlossen werde, für jedes Mitglied so gut wie Verbandsgesetz ist, und erjuchte dann die Versammelten, zu dieser Frage ausgiebig ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Nachdem in der Diskussion mehrere Kollegen und Kolleginnen das Für und Wider vorgebracht hatten, schritt man zur geheimen Abstimmung. Diese ergab, daß die Gründung einer Lokalkasse mit großer Mehrheit angenommen wurde. Daran anschließend wurde auf Antrag noch eine fünfmalige Kommission gewählt, welche mit Hilfe der Ortsverwaltung das weitere veranlassen soll. Unter Verschiedenem brachte Kollege Hahn ein Schreiben unfres Gauleiters zur Kenntnis, in welchem auf das Inkrafttreten des neuen Statuts usw. hingewiesen wurde. Ferner berichtete Hahn über die vor Weihnachten vorzunehmende Hausagitation und erklärte hierbei, daß im November v. J. eine Sitzung in dieser Angelegenheit stattfand, in welcher unter besonderen Umständen von einer derzeitigen Hausagitation Abstand genommen werden mußte, daß aber demnächst eine durchgreifende Agitation geplant ist. Kollege Hahn bedauerte nur noch, daß er mit Rücksicht auf die vorgelieferte Zeit keine in Aussicht genommenen Ausführungen über die kommenden Reichstagswahlen und ihre Bedeutung speziell für die Tabakarbeiter zur nächsten Versammlung zurückstellen mußte, und schloß darauf die ziemlich gut besuchte stimmungsvolle Versammlung.

Pegau. Hier tagte am 15. Januar im Lokale des Herrn Klotz eine Vollversammlung der Zahlstelle Pegau mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Neuwahlen der Bevollmächtigten; 3. Kartellbericht der Kartelldelegierten; 4. Verschiedenes. Da der erste Punkt der Tagesordnung schnell erledigt war, konnte zur Neuwahl geschritten werden, welche dahin ausfiel, daß die alten Kollegen ihre Posten behielten, nämlich die Kollegen Mittelstädt als 1. Bevollmächtigter und Grauband und Kraft als Kontrollreure. Kollege Mittelstädt erstattete Bericht über den derzeitigen Stand der Kartellangelegenheiten. Als Delegierte wurden gewählt die Kollegen Mittelstädt und Hermann, als Ergänzung Kollege Kraft. Es wurde beschlossen, für jede Sitzung des Kartells den Delegierten eine Entschädigung zu gewähren in Höhe von 50 Pfg. für jeden Fall. Zur Befreiung dieser Unkosten und der Kartellbeiträge (pro Mitglied vierteljährlich 5 Pfg.) wurde beschlossen, eine Lokalkasse zu gründen, in welche jedes Mitglied 10 Pfg. pro Monat zu entrichten hat. Unter Verschiedenem wurde angeregt, jedem zureisenden Kollegen, welcher nicht organisiert ist, aufzufordern, dem Verbands beizutreten, da am hiesigen Platze bis jetzt kein unorganisierter Arbeiter beschäftigt ist.

Schorndorf. Die Zahlstelle Schorndorf hielt ihre jährliche Generalversammlung am 8. Januar im Gewerkschaftshaus ab. Der Vorsitzende Kollege Groß gab einen Tätigkeitsbericht, aus welchem zu ersehen war, daß sich die Kollegen alle Mühe gegeben haben, neue Mitglieder zu gewinnen, so daß die Mitgliederzahl der Zahlstelle von 7 auf 37 gestiegen ist. Der 2. Bevollmächtigte Kollege Schurr gab den Kartellbericht; danach ist ein Verbandsstand von 101,20 Mk. vorhanden. Nachdem die Abrechnung für richtig befunden worden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Gewählt wurden als 1. Bevollmächtigter Kollege Groß, als 2. Kollege Schurr und als 3. Kollege Falkenstein. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Brekler, Rotter und Knoll.

Wansin. Eine mäßig besuchte Mitgliederversammlung fand hier am 4. Januar statt. Kollege Glavalla erstattete den Kartellbericht, welcher, was Beitragleistung anbelangt, ein günstiges Bild ergibt. Der Kassierer verfährt von jetzt ab streng statutarisch. Die neue Ortsverwaltung stellt sich wie folgt zusammen: Reimold Ulrich 1. Bevollmächtigter, Richard Glavalla 2. Bevollmächtigter, Paul Gleis 3. Bevollmächtigter. Revisoren sind: Paul Kreidel, Julius Gierth und Richard Gleis. Kollege Ulrich begründete kurz den Zweck und Nutzen des Heimarbeiterkongresses, welche uns unbedingt zur Beteiligung veranlassen müssen. Wegen der Kürze der Zeit und um einer schnelleren Wahlprüfung willen wurde von einer eigenen Kandidatur abgesehen, und Kollege Seibt-Görlich einstimmig zum Delegierten gewählt. Unter Verschiedenem wurde eine Anregung gemacht, daß in Kürze ein Familienabend stattfinden soll, wozu der Vorstand die Vorbereitungen treffen soll. Der Mangel an Lokalitäten muß unter allen Umständen durch wertige Veranstaltungen wettgemacht werden. Als geradezu

empörend muß es wirken, wenn eine Arbeiterkammer von 700 Tabakarbeitern (die Stadt zählt 2300 Einwohner) nicht die geringste Stufe zur freien Abhaltung ihrer Versammlungen zur Verfügung hat. Die Schuld daran tragen einzig und allein die Gastwirte, welche glauben, den behördlichen Organen einen Dienst erweisen zu müssen. Die Sozialfrage tritt immer mehr in den Vordergrund, immer schärfer wird der Gegensatz zwischen Arbeitern und Geschäftslenten, und bald muß es sich entscheiden, ob ein Gastwirt von denen leben wird, die ihm die Konzession erteilen oder entziehen können, oder von den Tabakarbeitern als Gästen. Darum, Kollegen, denkt einmal ernstlich darüber nach, ob ihr weiter wollt als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Abhilfe ist aber nur möglich, wenn ihr geschlossen dasteht, denn nur durch die Organisation können wir kämpfen und siegen. Also hinein in die Gewerkschaft, hinein in die politische Partei!

Deutscher Heimarbeitertag.

Vormittags-Sitzung.

Im großen Saale der Pflanzharmonie drängte sich das Publikum, um an dem Heimarbeitertag teilzunehmen; es sind insgesamt 360 Delegierte angemeldet. Ein Viertel nach 9 Uhr wurde die Tagung vom Professor Franke mit der Mitteilung eröffnet, daß der einberufende Aktionsausschuß auch die Leitung der Tagung übernehme. Prof. Franke begrüßte alle Erschienenen, besonders die Vertreter der deutschen, preussischen, bairischen und württembergischen Ministerien sowie die Beamten der Gewerbeaufsicht, die Reichstagsabgeordneten und den Vertreter des Berliner Magistrats. Es sind ferner 18 bis 20 Vertreter von Unternehmerverbänden erschienen. Professor Franke betonte diesen gegenüber, daß die Heimarbeiter nur die Beschlüsse fassen, die der Gesetzgebung unterbreitet werden sollen.

Professor Franke legte in seiner Einleitungsrede besonderen Wert auf die Feststellung, daß dieser Heimarbeitertag aus der Initiative der Heimarbeiter zustande gekommen sei. Aus ihren Reihen seien die zahlreichen Erfolge gekommen, sich noch in letzter Stunde vor der Öffentlichkeit mit der Verbesserung des geplanten Hausarbeitsgesetzes zu beschäftigen. Und die Veranstalter dieses Kongresses hätten sehr gerne den aktuellen Vorstellungen und Witten der Heimarbeiter entsprochen. Es seien Vertreter aller gewerkschaftlichen Richtungen an dieser Tagung teilgenommen, aber die Debatten und die zu fassenden Beschlüsse müßten unbekümmert um die Verschiedenartigkeit des politischen Glaubensbekenntnisses der Teilnehmer erfolgen. Im weiteren entwarf der Redner einen kurzen Rückblick auf die bis jetzt erfolgten Versuche, die Lage der Heimarbeiter zu bessern — das Kinderschutzgesetz, die Heimarbeiterausstellungen in Berlin und Frankfurt, die beide mächtig an die Herzen aller Menschenfreunde gerührt hätten, das jetzt vor der Annahme stehende Hausarbeitsgesetz, das in seiner Unzahl von Bestimmungen noch sehr Verbesserungsbedürftig sei.

Der Referent, Professor Wilbrandt, führte in Begründung einer gedruckt vorliegenden ausführlichen Resolution folgendes aus: Es gelte den Entwurf mit den Augen der wissenschaftlichen Untersuchung zu prüfen und vor allem an dem, was an der Länder schon auf diesem Gebiete geschaffen haben. Im Kreis der Personen, die das geplante Gesetz umfasse, fehle besonders eine Kategorie aus der Sonneberger Spielwarenbranche, die als der Typ der Heimarbeit bezeichnet werden müsse. Gut sei der Rahmen des ganzen Gesetzes deshalb, daß es die Schablottierung vermeide. Die Tabakarbeiter allerdings würden wohl — und auch mit vielen guten Gründen — die Aufhebung der ganzen Hausindustrie verlangen; aber auf Extremen könne das Gesetz sich nicht aufbauen. Wohl müßten mit allen Mitteln die gesundheitsschädlichen Verhältnisse in der Heimindustrie bekämpft werden. Eines aber dürfe bei dem ganzen Entwurf nicht vergessen werden: die Vermittlung der Armen, denen man helfen wolle, würden durch das Gesetz gezwungen, mehr Ausgaben zu machen, ohne daß sie an Lohn mehr bekommen; man verjuche eine Besserung der sanitären Verhältnisse zu erzwingen durch Befreiung der Arbeiter. Redner sagte sich über die betreffenden Bestimmungen in das schroffe Urteil zusammen: Nicht der Unternehmer ist es, der sich vor diesem Heimarbeitergesetz zu fürchten hat, sondern der Arbeiter. Man scheue sich, die Unternehmer anzufassen und suche den Arbeiter verantwortlich zu machen anstatt den Unternehmer. Alles was im Entwurf vorgeschrieben ist, sei zwar im Interesse des Heimarbeiters geboten — aber man müsse es dem Arbeiter auch möglich machen, die Verbesserungen bezahlen zu können. Der Hauptpunkt, um den sich bis jetzt alles Glend der Heimarbeiter konzentriert habe, seien die mangelnden festen Bestimmungen über die Bezahlung. Bis jetzt sei ein Lohnwucherer möglich gewesen, der an Schärfe der Wirkung dem Bunde des Heimarbeiters nicht nachstehe, ihn aber wegen seiner Massenhaftigkeit an Schärfe der sozialen Wirkung weit übertriffe. Im geringen Lohn sei alles materielle und geistige Glend, alle Ueberarbeit und alle sanitären Uebelstände begründet. Höhere Löhne seien der beste Arbeiterschutz und die beste Gewerbehgiene. Die Regierung und das Unternehmertum aber sage: wie soll eine Tarifierung des Lohnes möglich sein? Das bleibe einfach ein Ding der Unmöglichkeit! Nun, diese Schwierigkeit sei in England durch die einfache Normierung eines Zeitlohnes, wo Stücklöhne sich nicht als möglich erweisen, gelöst. Der Redner legte in dieser Frage großen Wert auf das Zustandekommen und die Tätigkeit der Arbeitskammern. Aber, so sagte er: Wir können die Arbeitskammern nicht wünschen unter dem Verzicht auf die Gewerkschaftsbeamten. Ohne die Gewerkschaftsbeamten würden die Arbeitskammern ein Instrument nicht für, sondern gegen die Arbeiter sein. (Lebhaftes Beifall!) Ohne die Gewerkschaftsbeamten müßte man die Arbeitskammern fallen lassen. Das ganze Gewicht eines Hausarbeitsgesetzes beruhe in den Lohnämtern, ohne die ein Heimarbeitergesetz nicht zustande komme und durch die das Gesetz erst zu einem Heimarbeitergesetz aufsteige. Leider seien Lohnämter durch einen schlechten Blick der Weltgeschichte, dadurch, daß ein Kommissionsmitglied des Reichstags bei der Abstimmung fehlte, in dem Entwurf nicht mit hineingekommen. Regierung und Unternehmer stoßen sich gewaltig an der Bezeichnung: Lohnämter. Diesem Standpunkt gegenüber brauche man sich nicht an das Wort zu klammern, müsse aber mit aller Schärfe versuchen, den Sinn und Zweck der Lohnämter für die Arbeiter zu retten. Der Redner machte eingehende Ausführungen, wie die Schwierigkeiten der Durchführung, die das Kapital geltend mache, behoben werden können. Er wies hin auf das bewährte Verfahren in England, auf die Versuche, die gegenwärtig gemacht werden in Oesterreich und Frankreich. „Müssen wir Deutsche immer warten, bis das Ausland uns die Durchführbarkeit einer Aufgabe bis ins kleinste bewiesen hat? Ist Deutschland nicht mehr imstande, selbständig etwas zu tun?“

Seit der letzten Heimarbeiterausstellung seien zwar schöne Worte gegeben worden, aber keine Taten. Die heutige Tagung müsse ein Appell werden, den man nicht mehr überhören könne. Und er müsse nicht das Ende, sondern der Anfang von Taten für die Heimarbeiter sein. Eine ganze Menge Bestimmungen lege ein „Plan“ in die Hände der Behörde, wo ein „Miß“ am Platze wäre. Der heutige Tag müsse der Ausgangspunkt einer Organisation werden, zusammengefaßt aus allen sozialen Schichten, die diesem Ziele zustreben. Auch die anständig und sozial denkenden Unternehmer seien willkommen, und der Gedanke der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz sei es, der diese Unternehmer zu Bundesgenossen machen könne.

Der Redner faßte schließlich sein scharf verurteilendes Resümee dahin zusammen: Was Regierung und Kommission geschaffen, sei eine gute Vorarbeit, aber es sei nicht zu ruhen und zu rasten, bis sich diese Vorarbeit zu einem wirklichen Schutz verdichtet habe, der imstande ist, das Glend der Heimarbeiter aus der Welt zu schaffen. (Lebhaftes Beifall.)

Nachmittags-Sitzung.

In der Diskussion unterstrich zunächst eine christlich-organisierte Konfektionsarbeiterin den Standpunkt, daß kein Gesetz den Heimarbeitern etwas nützt, das nicht eine Lohnregelung enthält. Wenn die Industrien nicht Löhne zahlen können oder wollen, die den Arbeitern wenigstens das notwendigste Auskommen garantieren, dann müsse man sich fragen, ob es nicht besser wäre, daß die Erzeugnisse der Heimarbeit aus dem Wirtschaftsleben verschwinden.

Berle-Bremen (Tabakarbeiter): Er wolle anerkennen, daß der Entwurf eine kleine Konzession, ein Anfang sei. Aber die Tabakarbeiter seien wieder die Leidtragenden darin. Ihnen habe der alte Entwurf vom Jahre 1907 bedeutend mehr geboten, was der Redner durch Vergleiche der entsprechenden Bestimmungen schlagend bewies. Das sei vor allem deshalb dauernd, weil man durch die Finanzreform den Tabakarbeitern einen großen Schräpfopf aufgesetzt habe. Im Namen der Heimarbeiter müsse er sagen, daß sie zu der Polizei und den Behörden, in deren Ermessen die Handhabung der Schutzbestimmungen gestellt sei, kein Vertrauen haben können. Er forderte dann unter teilweiser Zustimmung den Ausschuss feststehender Lohn tabellen. Den Heimarbeitern müsse aber gesagt werden, daß ihr bester Freund die Organisation mit ihrer Selbsthilfe sei. (Großer Beifall.)

Ein Vertreter der Konfektionsarbeiter schilderte, mit welchen Mitteln die Unternehmer es verfehlen, einen im Schneidergewerbe abgeschlossenen Lohn tarif zu umgehen. „Und findet ein Kollege den Mut, dagegen vorzugehen, dann dauert es keine halbe Stunde, und er ist wie weggeblasen.“ Auch dieser Redner forderte den öffentlichen Ausschuss der Lohn tabellen. Er schildert dann die Schmutzkonkurrenz der Beamtenfrauen, die in ihrer großen Mehrzahl für ein Taschengeld arbeiten. — Ein Holzarbeiter aus Bayern schildert die langgehegten Wünsche der Korbarbeiter, die auch vor allen Dingen volle Klarheit über die Löhne durch gesetzlich vorgeschriebenen Ausschuss von Lohn tabellen wünschen. Ferner wünschen sie, jeden Raum, in dem Heimarbeit betrieben wird, der Kontrolle der Gewerbeaufsicht unterstellt zu sehen.

In einer Weise, die jedem fühlenden Menschen nahe ging, schilderte ein erzgebirgischer Spielwarenarbeiter, dem die Not ihre Armen ins Gesicht gezeichnet, Bilder deutschen Heimarbeiterlebens. Er zeigte den Anwesenheit eine Reihe des hübschen Kinderpielzeugs, das um Hungerlöhne angefertigt wird. Da arbeiten drei Personen 13 bis 14 Stunden täglich für einen Wochenlohn von 8.50 Mark; zwei Personen, ebenfalls bei 13- bis 14stündiger Arbeitszeit um 9 Mark die Woche. An einem anderen Artikel arbeiten drei Personen 13 bis 14 Stunden und erringen kaum soviel, um den nackten Hunger zu stillen. Wieder ein anderer Artikel benötigt drei Personen zur Herstellung, und diese verdienen bei 14- bis 15stündiger Arbeitszeit pro Tag — 2.80 Mark zusammen. Und die Verdienste sind immer noch ohne Abzug von Fracht- und sonstige Unkosten berechnet.

Und nun marschierten der Reihe nach auf Metallarbeiter, Weber, Schuhmacher, Kürschner u. a. m., wobei bei manchem durch die Ungelenkheit der Worte die grauenhafte Wucht der Tatsachen um so lauter redete. Ein Weber verdiente bei 12- bis 13stündiger Arbeit 8 bis 15 Mark pro Woche, wobei er aber Frau und Kinder mit in die Treitmühle des Kapitals zwingen muß.

Bemerkenswerte Ausführungen machte der Vorsitzende des Portefeuilerverbandes, Weinschild, indem er nachwies, wie man nicht nach England zu gehen brauche, um Beispiele für Lohnlisten zu haben. Der Verband der Portefeuilerver- und Lederarbeiter habe für die Heimarbeiter der Lederbranche, die glücklicherweise zu 90 Prozent organisiert seien, Lohnlisten vereinigt, die vorbildlich wären für die Zustände, wie sie in dieser Beziehung überall in der Heimindustrie geschaffen werden müßten. Organisiere man die Heimarbeiter, wenn es anfangs auch schwer fällt, und mehr als durch das Wohlwollen der Regierung werden die Heimarbeiter durch geschlossenen Kampf erreichen. (Lebhaftes Beifall.)

Grauenhafte Bilder waren es auch, die der Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes, Gierbig, aus der Christbaumindustrie, der Thermometer- und der Glasaugenindustrie zeichnete. Von einem Elberfelder Hausweber werden die dort herrschenden erbärmlichen Verhältnisse geschildert. Der Redner glaubt, daß durch die Einsetzung von Lohnämtern Besserung zu schaffen ist. — Janson (Wirstenarbeiter) ist derselben Meinung. In temperamentvoller Weise schildert Fr. Hagelstein die Leiden der Konfektionsheimarbeiter, durch viele Beispiele beweist sie, wie notwendig der gesetzliche Schutz und die Organisation für diese Arbeiter ist.

Frau Hesse (Dresden) will die Rechte der Heimarbeiter hervorheben. Sie gibt der Meinung Ausdruck, daß durch das Heimarbeitergesetz sehr leicht den Frauen die Möglichkeit der Arbeit genommen werde. In ländlichen Orten, und von Familien, die keine Kinder zu besorgen haben, werde die Heimarbeit gern geleistet. Unter Widerspruch der Versammlung warnte die Rednerin vor der Einführung von Lohnämtern und vielen gesetzlichen Bestimmungen.

Frhr. v. Verlepsh hob hervor, daß die Lohnfrage die Kernfrage im Heimarbeitergesetz sei und dringend gesetzlicher Regelung bedürfe. Durch eine gesetzliche Regelung der Löhne werde auch den Heimarbeitern erst die Möglichkeit der Organisation gegeben und er glaube, daß die Arbeiter die Besserung ihrer Arbeitsbedingungen nicht allein durch gesetzliche Bestimmungen, sondern am besten durch die Macht ihrer Organisationen erreichen.

In weiteren Ausführungen schildern die Redner die furchtbare Ausbeutung der Arbeitskraft, die an thüringischen Drehschleifern, Stettiner Schneidern, Breslauer Schirmarbeitern und Koburger Korbmachern verübt würde.

Ein Vertreter der selbständigen Schneidermeister der Berliner Damenkonfektion empfahl im Auftrag seiner Organisation eine Resolution, die die gesetzliche Errichtung von Lohnämtern als einziges Mittel, die Löhne in der Heimindustrie der Damenkonfektion zu heben, bezeichnete.

Nachdem der Heimarbeitergesetzentwurf von allen Seiten beleuchtet und die Delegierten aller Branchen und Gegenden zu Wort gekommen waren, erhielt Herr Professor Wilbrandt das Schlusswort. Der Redner ging auf die einzelnen Einwendungen ein und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der in der Resolution geforderte Schutz Gesetz werde. Wenn man sich für die nächsten Wahlen beliebt machen wolle, dann trete man für diesen Schutz ein. Die nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„1. Der deutsche Heimarbeiter tag begrüßt in dem Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes, das dem Reichstag zur Beschlussfassung vorliegt, den ersten Versuch eines gesetzlichen Heimarbeitergesetzes, für den auch das Arbeitskammergesetz und die Reichsversicherungsordnung eine Ergänzung bieten können. Dringend erforderlich ist indes, daß die bis jetzt von den Reichstagskommissionen hinzugefügten Verbesserungen der Gesetzentwürfe erhalten bleiben; beim Hausarbeitsgesetz die obligatorischen Lohn tabellen und Vohnbücher, beim Arbeitskammergesetz die Wahlbarkeit der Angestellten der Berufsvereine, ohne die auch die Heimarbeiter ihrer besten Vertreter beraubt sind.

2. Der Heimarbeiter tag erinnert an die Heimarbeiterausstellung 1906 in Berlin, deren Ergebnisse im deutschen Volk, ja weit über dessen Grenzen hinaus, den Eindruck erschreckend niedriger Bezahlung der Heimarbeiter hinterließen und Rückschlüsse aufdrängten auf das Glend und die Verflümmung der hausindustriellen Schichten der Nation. An alledem wird durch den Entwurf des Hausarbeitsgesetzes noch nichts geändert. Die Entlohnung der Arbeit bleibt schrankenloser Konkurrenz und per-

sönlicher Willkür, der Ausbeutung der Notlage, der Unkenntnis und des sozialen Leichtsinns preisgegeben.

3. Der Heimarbeiter tag erklärt in Uebereinstimmung mit den wissenschaftlichen Untersuchungen über das Wesen der Heimarbeit und im Einklang mit den internationalen Erfahrungen praktischer Reformversuche: In der Heimarbeit muß staatlicher Arbeiterschutz vor allem durch Hebung der oft unwürdig geringen, zu Ueberarbeit und gesundheitsschädlicher Arbeitsweise zwingenden Löhne geleistet werden. Alle den Fabrikgebeten vorgeschriebenen Maßnahmen, so nötig sie für das Gemeinwohl sind, treffen den Hausarbeiter selbst, machen ihn persönlich verantwortlich für die Folgen niedriger Löhne. Für diese Verantwortung muß als Voraussetzung eine bessere Bezahlung, die den Heimarbeiter tragfähig für die Anforderungen des Gesetzes macht, verlangt werden.

4. Dieses Erkenntnis, ein Gemeingut moderner Sozialpolitik, hat bereits zu dankenswerten Beschlüssen im Reichstag geführt, so u. a. dazu, daß es zu den Aufgaben der Arbeitskammern gehören soll, „in der Hausindustrie die Vereinbarung und Regelung der Lohnsätze zu fördern“. Für die hilfsbedürftigen Industriezweige jedoch müssen außerdem durch Bundesrat oder Landeszentralbehörde Einrichtungen geschaffen werden mit der Befugnis, durch die gewählten Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter unter unparteiischem Vorsitz Tarife auszuarbeiten zu lassen, die dann rechtsverbindlich und in ihrer Durchführung staatlich gesichert sind.

5. Nur dann, wenn die hier versagende Kraft der Arbeiterorganisationen durch die des Staates ersetzt wird, um Tarifverträge zu erringen und durchzuführen, nur dann wird der anständige Unternehmer von der Schmutzkonkurrenz, der Heimarbeiter von dem verhängnisvollen Lohnruhr befreit, nur dann wird den hoffnungslos Ermatteten die Kraft der Selbsthilfe gegeben, kurz wirklicher Heimarbeitererschutz auf der Basis des Gesetzes errichtet sein.

6. Außer dieser Hauptforderung erneuert der Heimarbeiter tag die während der letzten Jahre in zahlreichen Eingaben und Kundgebungen ausgesprochenen Wünsche der Heimarbeiter und zwar:

1. Für das Hausarbeitsgesetz: Auserlegung der allgemeinen Registrierpflicht; Unterstellung unter die Gewerbeaufsicht; Durchführung eines sanitären Schutzes; Beschränkung der Ausnahmen auf die dringendsten Fälle; Abkürzung der Uebergangsvorschriften; allgemeine Einführung von Abrechnungsbüchern, obligatorischer Ausschuss von Lohn tabellen; Entschädigung für unverfügbare Zeiteverlässe beim Holen oder Bringen von Arbeit.
2. Für das Arbeitskammergesetz: Verpflichtung zur Förderung der Vereinbarung und Regelung der Löhne in der Heimarbeit; Wahlbarkeit der Angestellten der Berufsvereine.
3. Für die Reichsversicherungsordnung: Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Heimarbeiter nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für die sämtlichen übrigen Zweige der Reichsversicherungsordnung.

Der deutsche Heimarbeiter tag gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß mit der Verwirklichung dieser Forderungen dem Glend in der hausindustriellen Bevölkerung gesteuert werden kann, und erwartet deshalb von Bundesrat und Reichstag, daß diese seine Resolution bei den Beratungen und Beschlüssen volle Berücksichtigung findet.

Damit waren die Verhandlungen geschlossen.

Die Anshungerung der Frankenhäuser Knopfarbeiter geplant.

Der Geschäftsführer der Fabrikantenvereinigung in Frankenhäuser am Kyffhäuser, ein Rechtsanwalt, hat es vor einigen Tagen ausgesprochen, daß die Arbeiter kommen sollen und um Arbeit bitten; Verhandlungen würden abgelehnt, die Fabrikanten bestimmten über die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Falls aber die Arbeiter sich zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklären würden, könnte eine große Anzahl nicht wieder eingestellt werden, weil die neu eingeführten Maschinen nahezu die Hälfte der Arbeiter überflüssig gemacht hätten. Etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen befinden sich nun schon über 20 Wochen im Kampfe, um ihre erbärmlichen Löhne um wenige Pfennige aufzubessern. Die Fabrikanten kennen kein Erbarmen mit den ausgebeuteten Lohnsklaven, die zum großen Teil im Interesse des Profits ihre Gesundheit geopfert haben. Aber nicht allein die Gesundheit der männlichen Arbeiter ist zum großen Teil zugrunde gerichtet, auch die von Weib und Kind mußte geopfert werden, um das kümmerliche Dasein weiter fristen zu können. Schwindlust, Augenkrankheiten und Krankheiten der Atmungsorgane sind in der Perlmutterindustrie in geradezu erschreckendem Umfange vorhanden. Der Wiener Arzt Dr. Vab gibt in der Allgemeinen Wiener Medizinischen Zeitung das Ergebnis von Untersuchungen der Wiener Perlmutterdrehschleifer bekannt, die er während der Dauer des dortigen Streiks vornahm. Er schreibt:

Im ganzen erstreckte sich die Prüfung auf 150 Arbeiter, die ungefähr ein Sechstel der Gesamtheit ausmachten. Zunächst wies das meist jugendliche Alter der Untersuchten, von denen nur 11 das 50. Lebensjahr überschritten hatten, darauf hin, daß mit diesem Gewerbe verhältnismäßig frühe Gesundheitsschädigungen verbunden sind. Es wurde dann durch eine umfassende Statistik festgestellt, daß die Knopfdrehschleifer im Durchschnitt nicht mehr als 36 Jahre alt wurden. Unter jenen 150 Arbeitern wurden 88 Erkrankungen der Atmungsorgane festgestellt, und davon erwiesen sich 71 als tuberkulös. Allerdings hat es den Anschein, daß die jungen Leute, die sich diesem Gewerbe zuwenden, an sich nicht aus dem besten Menschenmaterial stammen; denn es waren unter ihnen eine erstaunlich große Zahl als untauglich für den Heeresdienst erklärt worden, auch waren fast zwei Drittel auffallend klein.

Dr. Vab erklärt dann weiterhin die Tuberkulose schlechthin für eine „Berufskrankheit der Perlmutterdrehschleifer“. In Wien liegen nun aber die Verhältnisse für die Perlmutterdrehschleifer noch weit günstiger als in Frankenhäuser. In Frankenhäuser ist die Heimarbeit in weit größerem Umfange vorhanden, die Arbeitszeit weit länger und die Löhne weit niedriger als in Wien. Wie es da mit dem Gesundheitszustand der armen Knopfdrehschleifer in Frankenhäuser aussieht, wird man sich denken können; man weiß es, wenn man an einer Versammlung der ausgeemgerten, blassen Arbeiter und ihrer Frauen teilgenommen hat. Wenn dann in Frankenhäuser das Menschenmaterial auch nicht das beste ist, um mit Herrn Dr. Vab zu reden, so ist das doch wahrlich kein Wunder. Ein Wunder wäre es vielmehr, wenn eine so tiefe und kranke Arbeiterkategorie, die an der untersten Grenze der Existenzbedingungen lebt, noch leidlich gesunde Nachkommen erzeugen und erziehen würde.

Zwanzig Wochen haben die Streikenden treu ausgehalten und sie werden auch ferner aushalten, bis der Uebermut der Fabrikanten gebrochen ist. Die eigene Organisation und die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft stehen hinter den Kämpfenden.

Zugang von Knopfarbeitern ist auch weiter fernzuhalten!

Briefkasten.

M. Köpping, Apolda. Der § 2 des Krankenversicherungsgesetzes läßt zu, daß Heimarbeiter der Tabakindustrie versicherungspflichtig gemacht werden können, wenn dies durch Ortsstatut (Gemeindegesetz) festgelegt ist.

Rohtabak-Angebot von Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

Telephon 11358. Telephon 11358.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6
empfehlen als besonders preiswert und gut

Sumatra-Decker à 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 360, 410, 500 $\frac{1}{2}$.	Havanna, hochfeine Einl., à 270, 350 $\frac{1}{2}$.
Sumatra-Umblatt à 160, 170, 180 $\frac{1}{2}$.	Yara-Cuba, vorzüglich, à 260 $\frac{1}{2}$.
Vorstenl.-Decker à 250, 320, 400, 500 $\frac{1}{2}$.	Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150 $\frac{1}{2}$.
Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190 $\frac{1}{2}$.	Carmen-Einlage à 115, 125 $\frac{1}{2}$.
Java-Einlage à 120, 125 $\frac{1}{2}$.	Domingo-Umblatt à 135, 145, 150 $\frac{1}{2}$.
Aufarbeiter à 130, 135, 140 $\frac{1}{2}$.	Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120 $\frac{1}{2}$.
Felix-Decke, schneeweiß, Brand, 220 $\frac{1}{2}$.	Mexiko San Andres 480, 450, 400, 140 $\frac{1}{2}$.
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 $\frac{1}{2}$.	Losgut, sehr blattig und gesund, à 120, 110 $\frac{1}{2}$.
	Uckermärker à 92, 95, 100, 105 $\frac{1}{2}$.

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.
Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.
Man verlange neueste Preisliste.

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 58

altbekannte reelle Bezugsquelle, empfehlen als gut und preiswert

Sumatra-Decker 180, 215, 220, 250, 260, 300, 340, 350, 400, 425, 500, 550 $\frac{1}{2}$

Borneo-Decker 300 $\frac{1}{2}$, hellbraun, verfehrt gerollt fahl

Sumatra-Umblatt, sehr preiswert, 160, 165, 170, 180 $\frac{1}{2}$, alles 3. Rängen

Java-Vorstenlanden-Decker 200, 230, 240, 330, 340 $\frac{1}{2}$

Java-Aufarbeiter 130, 135 $\frac{1}{2}$, äußerst blattig, meist Umblatt

Java-Umblatt 145, 150, 160, 170 $\frac{1}{2}$

Java-Einlagen 105, 110, 115 $\frac{1}{2}$

Brasil-Decker 200, 220, 240, 280 $\frac{1}{2}$, schneeweiß Brand, günstig dedernd

Brasil-Umblatt u. Einlage, 125, 140, 150, 160, 170 $\frac{1}{2}$, nur gutschmeckende Qualitäten

Carmen-Umblatt, Aufarbeiter, 100, 110, 115, 125, 130, 140 $\frac{1}{2}$, alles leichte, gutschmeckende Ware

Domingo-Umblatt, Aufarbeiter, 105, 110, 115, 125, 135 $\frac{1}{2}$, trocken und sauer

Seedleaf-Umblatt 145, 155 $\frac{1}{2}$, leichter feiner Tabak

Mexiko-Decker, braun, kolossale Deckkraft, 250 $\frac{1}{2}$

Havanna-Einlage 170, 180 $\frac{1}{2}$, lose Blätter, feiner Geschmack

Havanna-Einlage 275, 300 $\frac{1}{2}$, malottiert, für feinstes Fabritat

Yara-Cuba 220 $\frac{1}{2}$, sehr blattig, durchdringende feine Qualität

Losgut 109, 105, 110 $\frac{1}{2}$, nur allerbeste, sehr blattige Ware, Spezialität

Kentucky 130, 150, 160, 170, 180 $\frac{1}{2}$

Virginia-Umblatt u. Einlage für Destreicher und Brissago 160-180 $\frac{1}{2}$

Geschlittene Einlage Java mit Brasil 110 $\frac{1}{2}$, vorzügliche Einlage

Versand unter Nachnahme.
Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.

Als ganz besonders preiswert offeriere:

Sumatra à 1.70, 1.80, 2.—, 2.20, 2.40 bis 5.50 $\frac{1}{2}$. — Java à 1.10, 1.15, 1.20, 1.35, 1.60, 1.70 bis 2.— $\frac{1}{2}$. — Felix à 1.15, 1.35, 1.45, 1.50, 1.80 $\frac{1}{2}$. — Dede à 2.20 $\frac{1}{2}$. — Domingo à 1.10, 1.15, 1.20, 1.25 bis 1.50 $\frac{1}{2}$. — Carmen à 1.15, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50 $\frac{1}{2}$. — Mexiko-Decke à 3.60, 3.80, 4.50 $\frac{1}{2}$. — Einlage à 1.40 $\frac{1}{2}$. — Havana à 2.60 u. 3.60 $\frac{1}{2}$. — Cuba à 2.50 $\frac{1}{2}$. — Prima Holländer Umblatt à 1.20 u. 1.25 $\frac{1}{2}$. — Elsässer à 98 $\frac{1}{2}$. — Uckermärker, lose Blätter à 96 $\frac{1}{2}$, geschmürt à 1.05 u. 1.10 $\frac{1}{2}$. — Distont gewähre 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme. — Illustrierte Preisliste gratis und franko.

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Ältestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.*

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher Nr. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.

Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover Nr. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zolllager.

Spezialität in Sumatra- und Vorstenlanden-Decktabaken. Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grosses Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.

Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch.

Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake

für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung . . . per Pfund 3.00 Mk. verzollt
II. Sortierung . . . per Pfund 2.50 Mk. verzollt
III. Sortierung . . . per Pfund 2.00 Mk. verzollt

von Umbl. u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt
II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt

Geschlittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Uebereinkunft. — Jeder Versuch führt zu geregelter Verbindung.

Zigarrenfabrikanten, Werkmeister u. Zigarrenarbeiter!

Wollen Sie vorwärts kommen?

dann verschmähen Sie nicht, das soeben in unserem Verlag erschienene neue Werk

Zubrov „Die moderne Zigarrenfabrikation“

sofort zu bestellen. Durch die Skizzen dieses Buches werden Sie in die Lage versetzt, Ihre Fabrikation gewinnbringender zu gestalten. Werkmeister werden ein besseres Gehalt erzielen und Zigarrenarbeiter können sich rasch zum Werkmeister emporschwingen.

Inhalt:

1. Die Rohtabake an sich, deren Herkunft, Ernte, Behandlung und Verwendung.
2. Der Einkauf in Deutschland und Holland.
3. Verzeichnis der Tabakgesellschaften auf Sumatra, Borneo und Java.
4. Beschreibung der Marken und Sortierungen nach Farbe und Länge.
5. Das Lagern der Tabake und deren Behandlung von der Uebergabe aus dem Lager bis zur Fabrikation.
6. Das Ansehen der Tabake.
7. Das Entrippen der Einlage-tabake.
8. Das Trocknen der Einlage.
9. Die Behandlung des Umblattes.
10. Die Behandlung und Zurichtung des Deckblattes.
11. Das Wickelmachen (Handwidel, Formwidel und Maschinenwidel).
12. Das Einrollen der Widel.
13. Deckblattschnitt.
14. Handarbeit.
15. Penalarbeit.
16. Zmitierte Handarbeit.
17. Das Einrollen der Formwidel.
18. Die Verarbeitung von Stückblatt.
19. Vinkrollen der Zigarren.
20. Einlagemischungen.
21. Das Abnehmen der fertigen Zigarren.
22. Das Schneiden von Einlage-tabaken, Präparieren von Tabakrippen und Bearbeiten von Picaduras.
23. Kalkulation.
24. Sortieren und Verpacken fertiger Zigarren.
25. Die Zigarillosfabrikation.
26. Mehrere Abbildungen.

Das Buch, in elegantem Leinwandband gebunden, kostet Mk. 3.70 franko und wolle man mittelst Postanweisung sofort bestellen.

Schmidt & Co. Oestringen (Baden).

Achtung!

Havanna-Grus

bei d. feinst. Hamburger Zigarrenfabrikation jurüdgelassener Grus, sand-, staub- und schmutzfrei, als Zigarreneinlage sehr zu empfehlen, offerieren

per Pfund Mk. 1.50.

Bei Zentnerabnahme Preisermäßigung.

Hengfloss & Maak

Altona-Ottensen

Filiale:
Berlin N., Brunnenstrasse 25.

Fritz Starke, Rohtabakhandlung

Bad Oeynhausen.

Habe zu äußerst billigem Preise einige Zentner Tabakproben abzugeben.

3 Ztr. Sumatra-Decken à Pfd. 2.50-6.00

1 " Vorstenl.-Decken à " 2.50-3.50

1 " Brasil-Decken à " 2.20-2.50

1 " Brasil-Einlage, ged. à Pfd. 1.50

2 " Java-Umblatt à " 1.70

150 Pfd. Carmen u. Domingo à " 1.20

50 " Havanna, malottiert à 3.50-4.50

60 " Java-Einlage à Pfd. 1.20

Bei Abnahme sämtlicher Tabake stellen sich die Preise bei Sumatra Durchschnittspreis 2.30 Mk., bei allen anderen 1.55 Mk.

Unserer Kollegin **L. Post** zu ihrem Bräutigam **A. Denger** zu ihrer am 13. Januar stattgefundenen Verlobung die besten Glückwünsche. Die organisierten Kollegen u. Kolleginnen der Zahlstelle Fränkisch-Crumbach.

Unserem Kollegen **Justus Werner** aus Spangenberg zu seinem am 22. Januar stattfindenden 60. Geburtstag die besten Glückwünsche. Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Rotenburg a. d. Fulda.

Todes-Anzeigen.

Am 6. Januar verstarb hier unser langjähriges Mitglied, die Kollegin **Wilhelmine Pöttscher** aus Berbersdorf nach langer schmerzlicher Krankheit. Ein ehrendes Andenken werden der Verstorbenen allezeit bewahren Die Mitglieder der Zahlstelle Waldheim i. S.

Bettnässen

Bereinigung sofort. Alter und Geschlecht angebend! Auskunft umsonst: Institut „Sanitas“, Velburg 87, Bayern.

Frauenleiden

Von Dr. Zadek.
Neibt einem Anhang:
Die Verhütung der Schwangerschaft.
Aus der Gesundheitsbibliothek.
Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig Tauchaer Strasse 19/21.

Sollte der Zigarrenmacher **Ernst Weissmann** aus Langenhessen irgendwo in Arbeit treten, bitte ich die werten Kollegen, mir seine Adresse zukommen zu lassen. Porto wird vergütet. **Otto Kölling, Aschersleben, Breite Straße 21.**

Am 8. Januar starb nach langem Leiden unser Mitglied **Richard Krabel** aus Delitzsch im Alter von 38 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Delitzsch.

Am 13. Januar starb plötzlich vom Schlag getroffen unser Mitglied **John Stelling** aus Hamburg. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder in Wilsen a. L.

Am 13. Januar verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, die Zigarettenarbeiterin **Emilie Kotteck** aus Greibnig im Alter von 40 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden der Verstorbenen bewahren Die Mitglieder der Zahlstelle Dresden.

Am 16. Januar starb nach langem schwerem Leiden unser treues Mitglied **Ernst Weinert** aus Freiberg im Alter von 53 Jahren. Er war ein langjähriges Mitglied des Verbandes. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Lemgo.

Briefkasten.

D. A., Mähersleben, 80 Pfg. — A. M., Zehdenick, 80 Pfg. — Kollegen, Fränk.-Crumbach, 60 Pfg. — Kollegen, Durlach, 50 Pfg. — Kollegen, Rotenburg, 60 Pfg.

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak Bedarfs-Art.

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl hellfarb. Stückbl. 300, 350, 400, 440 $\frac{1}{2}$, hellfarb. Wollblatt à 300, 325, 350, 375, 425, 470, 475, 600 $\frac{1}{2}$	Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte viele moderne Fassons soeben wieder eingetroffen
mattfarbiges Saadblatt à 325 u. 350 $\frac{1}{2}$	Pressen zu 10 Formen 8, 10, 16 $\frac{1}{2}$, mit Rad 19 $\frac{1}{2}$, ganz Eisen 26 $\frac{1}{2}$
mittelfarbiges Wollblatt à 250, 260, 280, 300, 350, 375, 400, 450, 475, 500 $\frac{1}{2}$	Presskasten zu 1000 Zigarren nur 550 $\frac{1}{2}$
klein. Wollbl. à 180, 190, 200, 230 $\frac{1}{2}$ fahl	Rollbretter 175, 200, Dornholz 300, 400 $\frac{1}{2}$
Vorstenland-Decke à 195, 210, 250, 350 $\frac{1}{2}$	Bündelböcke, verstellbar, nur 125 u. 225 $\frac{1}{2}$
Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300 $\frac{1}{2}$	Arbeitsmesser v. J. H. Genkels 20, 30, 35 $\frac{1}{2}$
Java 120, 125, 130, 135, 140, 170, 180 $\frac{1}{2}$	Laok, 8 Stangen 25 und 30 $\frac{1}{2}$
Mexiko-Deck-Ersatz à 225, 260, 300 $\frac{1}{2}$	Papier, blau, ca. 40 Bogen 20 $\frac{1}{2}$, rot 25 $\frac{1}{2}$
Brasil à 135, 150, 165, 170, 185, 200 $\frac{1}{2}$	Band, 50 Meter von 60 $\frac{1}{2}$ an gebraucht, fortirt, Seide, 5 u. 6 $\frac{1}{2}$ sp. Pfd.
Brasil-Decke à 300, 350 $\frac{1}{2}$	Ringe ff. nur 20, 25 $\frac{1}{2}$, mit Porzrät 45 $\frac{1}{2}$
Carmen à 110, 115, 120, 130, 135, 150, 160 $\frac{1}{2}$	Etiketten von 35 $\frac{1}{2}$ per 100 Stück an Gummi Traganth à 175, 200 u. 250 $\frac{1}{2}$ sp. Pfd.
Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170 $\frac{1}{2}$	Amlac, engl., in Originalbüch. à Origipreis.
Yara-Cuba, großartige Qual. 350, 400 $\frac{1}{2}$	Gebrauchte Arbeitsbüche, Pressen, Rahmen, Siebe stets am Lager.
Havanna in Mel. à 300, 350, lose à 200 $\frac{1}{2}$	Preise per Kasse ohne Abzug. Versand unter Nachnahme!
Losgut garant. überseeisch, kern-100 $\frac{1}{2}$	duffe helle Farben, nur 350 $\frac{1}{2}$
Uckermärker la 100 $\frac{1}{2}$	großartiger Brand, sehr große Deckkraft

Preise verzollt inkl. Wertzuschlag und Kasse mit 3 Prozent Skonto.

Rohtabak-Haus, Altona.

Post- u. Bahnversand zu Engrospreisen.

Empfehle als besonders preiswert:

Sumatra-Stückblatt, hell, 200, 225, 260, 300, 375, 450 $\frac{1}{2}$

Sumatra-Wollblatt, hell, 230, 250, 300, 310, 360, 400 $\frac{1}{2}$

Sumatra-Umblatt 135, 145, 150, 155, 160, 170 $\frac{1}{2}$

Vorstenland-Decken 200, 250, 280 $\frac{1}{2}$

Java-Umblatt und Einlage 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160 $\frac{1}{2}$

Seedleaf-Umblatt 145, 150 $\frac{1}{2}$, Dede, Saadblatt, 180 $\frac{1}{2}$

Borneo-Umblatt u. Dede 140-450 $\frac{1}{2}$

Domingo F 120 $\frac{1}{2}$, FF (hart und sauer) 130 $\frac{1}{2}$

Mexiko-Umblatt (feinst. St. Andre) 140 $\frac{1}{2}$

Havanna-Einlage u. Umblatt 130, 140, 180, 230, 250, 320 $\frac{1}{2}$

Brasil-Umblatt und Einlage 120, 130, 140, 145, 150 $\frac{1}{2}$

Brasil-Deden 160, 175, 230, 250 $\frac{1}{2}$

Losgut, nur ausländische Tabake, meist Umblatt, 100 $\frac{1}{2}$

Karl Ramm, Altona a. Elbe

jetzt: Kronprinzenplatz 2.

(rein), 30, 60, 90, stets da; präp. ff. Rippen-Einlage 25. Rohtbf. (diverse) extra bill.! Remmler Ngr., Breslau 6.

Java-Sumatra links hell per Pfund 2.70 $\frac{1}{2}$

Java-Sumatra 1. Blattlänge per Pfund 3.60 $\frac{1}{2}$

Diese Tabake brennen tadellos und deden mit 1 1/2 Pfund.

Carl Roland, Berlin SO.

Rottbuscher Straße 4.

Jacob Hirsch jr., Mannheim B 1, 9.

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen inkl. Zoll u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Garant. rein überseeische Rippen kaufen jeden Posten Funke & Cie., Düsseldorf.

Grösstes Zigarren-Wickelformenlager Deutschlands

in neuen und gebrauchten Formen finden Sie nur bei

L. Cohn & Co.

Berlin N., Brunnenstrasse 24.

Verlangen Sie sofort Modellbogen von neuen und gebrauchten Formen. Zusendung kostenlos sofort.

Jedes Fasson in neu und gebraucht stets am Lager.

9. Gau: Schwäbisch-Hall, Nürnberg, Karlsruhe, Schorndorf, Lauffen, 10. Gau: Pöhlzig, Apolda, Altenburg; 11. Gau: Pegau, Pirna, Grimma, Hainichen, Kreischa, Johanngeorgenstadt, Oberottendorf, Wurzen, Gohlis, Frankenberg i. S., Rößwein, Waldheim, Schöneck, Geringswalde; 12. Gau: Greiffenberg, Schwert a. W., Breslau, Peterswaldau, Rawitzsch, Langenbielau, Goldberg, Neumarkt, Miloslaw; 13. Gau: Eberswalde, Spremberg, Jossen, Brandenburg, Schwedt a. D., Sommerfeld, Prenzlau.

Zur Statistik über Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern.

Achtung, Bevollmächtigte! Die Statistik betreffs Arbeitslosigkeit für die Woche vom 16. bis 21. Januar d. J. muß von allen Zahlstellen — ganz gleich, ob arbeitslose Mitglieder vorhanden waren oder nicht — bis zum Dienstag, den 24. Januar, eingesandt werden.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Achim: Aug. Räder als 1. Bev., W. Meyer als 2. Bev., F. Blom als 3. Bev.; Frau Schwarze, R. Uphof, G. Jung als Kontrolleure.

Für Ansbach: Leonh. Klaus als 1. Bev., Aug. Mangold als 2. Bev., Alb. Kreiner als 3. Bev.; Friedr. Schorr, Martin Kessler, Anna Breit als Kontrolleure.

Für Apolda: Paul Rieck als 1. Bev., Heinr. Kollberg als 2. Bev.; Paul Gäbler, Herm. Kuhjatz, Christ. Rudolph als Kontrolleure.

Für Brate i. Lippe: Karl Reuter als 1. Bev., August Straten als 2. Bev., Konrad Meyer als 3. Bev.; Anton Willms, Heinr. Stod, Frau Sophie Hartmann als Kontrolleure.

Für Calbe: Hermann Schulte als 2. Bev.

Für Edingen: Franz Bauer als 1. Bev., Benz. Jung als 2. Bev., Adam Ding als 3. Bev.; Adam Duid, Simon Berlinghof, Martin Later als Kontrolleure.

Für Eilenburg: Franz Pinkau als 1. Bev., Adolf Kreyßmar als 2. Bev., Karl Theilade als 3. Bev.; Wilhelm Heinze, Franz Sperling, Theodor Weinide als Kontrolleure.

Für Emmerich: Heinrich de Woll als 1. Bev.

Für Frankenberg i. Sachsen: Herm. Richter als Kontrolleur.

Für Frankisch-Krumbach: Georg Girmann als 1. Bev., Heinr. Scholl als 2. Bev., Philipp Denger als 3. Bev.; Philipp Griepner, Joh. Scholl, Eva Kiedel, Lieschen Postgebe als Kontrolleure.

Für Froshausen: Kilian Kämmerer als 1. Bev., Valentin Kiehl als 2. Bev.; Peter Daffinger, Andreas Korb, Margarete Kämmerer als Kontrolleure.

Für Fürstenwalde: Aug. Grünberg als 1. Bev., W. Nowak als 2. Bev., Karl Brieße als 3. Bev.; Karl Bierwirth, Karl Fredow, W. Noak als Kontrolleure.

Für Geringswalde: Emil König als 1. Bev., Lina Schneider als 2. Bev., Alwine Vogel als 3. Bev.; Emma Häntig, L. Kähler, A. Scheffler als Kontrolleure.

Für Goch: Karl v. Samed als 1. Bev., Joh. Rothgang als 2. Bev., Heinr. Adam als 3. Bev.; Franz Gerritzen, Joh. v. Beyen, Tillmann, Jansen als Kontrolleure.

Für Grimma: Emil Gash als 1. Bev., Arno Neumann als 2. Bev., Max Gehlmann als 3. Bev.; Max Fichtner, Max Wutke, Oskar Rolke als Kontrolleure.

Für Halberstadt: Aug. Thienemann als 1. Bev., Andreas Haffelbach als 2. Bev., Karl Reineke als 3. Bev.; Rich. Gehrmann, Wilh. Wilschke, Otto Herrmann als Kontrolleure.

Für Hainichen: Johann Ritter als 1. Bev., Karl Herbst als 2. Bev., Reinhold Hirsch als 3. Bev.; Rich. Stephan, Franz Dittrich, Max Kleber als Kontrolleure.

Für Herford: Friedr. Uhmeyer als 1. Bev., Wilh. Landre als 2. Bev., Herm. Riel als 3. Bev.; Aug. Bremer, Heinrich Oberhachfeld als Kontrolleure.

Für Hildenhausen: Wilhelm Schürmeyer als 1. Bev., August Scheffer als 2. Bev., Gerhard Feldmann als 3. Bev.; Wilhelm Kemmert, Karl Lende, Heinrich Schröder als Kontrolleure.

Für Hunnebrod: Gust. Brinkmann als 1. Bev., Heinr. Borenkämper als 2. Bev., Herm. Koch als 3. Bev.; Wilh. Meier, Heinr. Brinkmann, Friedr. Sudmeier als Kontrolleure.

Für Kahla: Rudolf Damm als 1. Bev., Heinrich Trümper als 2. Bev., Alwin Hilbert als 3. Bev.; Herm. Götz, Paul Fiedler, Kurt Görler als Kontrolleure.

Für Langenbielau: Paul Dahn als 1. Bev., Wilhelm Risch als 2. Bev., Paul Pitach als 3. Bev.; Fr. Hilscher, P. Gismann, M. Nowosty als Kontrolleure.

Für Lemgo: Johann Anderer als 1. Bev., Friedr. Kölling als 2. Bev., August Behn als 3. Bev.; Aug. Kuhlmann, Heinrich Klaus, Ferd. Peittamp als Kontrolleure.

Für Lorch: Melchior Koch als 1. Bev., Konrad Gärtner als 2. Bev., Eugen Humm als 3. Bev.; Jakob Bohrer, Daniel Reher, Wilh. Proß als Kontrolleure.

Für Löwenstein-Thal: Joh. Christ als 1. Bev., Fr. Schlieter als 2. Bev., C. Müß als 3. Bev.; G. Bod, Fr. Thiele, G. Schlutter als Kontrolleure.

Für Miloslaw: Felix Ciempla als 1. Bev., Ignaz Bok als 2. Bev., W. Blomann als 3. Bev.; St. Pustynowst, W. Jangal, St. Greiskowial als Kontrolleure.

Für Münden i. Hannover: Wilh. John als 1. Bev., Heinrich Görtelmeyer als 2. Bev., Friedr. Wittig als 3. Bev.

Für Nedarhausen: Franz Brunny als 1. Bev., Jakob Engert als 2. Bev., Philipp Schredenberger als 3. Bev.; Joh. Hartmann, Ludm. Veedgen als Kontrolleure.

Für Neuenkirchen: Wilh. Otte als 1. Bev., Heinr. Brandthorft als 2. Bev., Heinr. Grabemann als 3. Bev.; Wilh. Herbold, Karl Otte, Aug. Landwehr als Kontrolleure.

Für Oberottendorf: Emil Pota als 1. Bev., Ernst Barthel als 2. Bev.; Emil Beyer, Oswin Berge, Oswin Döfert als Kontrolleure.

Für Oettinghausen: Wilh. Steffen als 1. Bev., Ernst Kirchoff als 2. Bev., Heinr. Feld als 3. Bev.; Fritz Mentke, Aug. Feld, Heinr. Steffen als Kontrolleure.

Für Oggersheim: Anton Rüdert als 1. Bev., Joseph Schmidt als 2. Bev., Anna Huber als 3. Bev.; Luise Huber, Gottlob Marx, Karl Süß als Kontrolleure.

Für Ohlau: Reinhold Klipsch als 1. Bev., Emanuel Langner als 2. Bev., Verta Vogel als 3. Bev.; Franz Broda, Luise Schmidt, Elisabeth Rother als Kontrolleure.

Für Pirna: Emil Baum als 1. Bev., Hermann Jerofsky als 2. Bev., Georg Hübner als 3. Bev.; Wilh. August, Herm. Rohnstod, Marie Albrecht als Kontrolleure.

Für Pöhlzig: Karl Schäfer als 1. Bev., Max Strobel als 3. Bev.; Adam Wollrath, Rosa Zimmermann als Kontrolleure.

Für Salzungen: Christian Tanbert als 1. Bev., Christian Wagner als 2. Bev., Heinr. Kreuzberg als 3. Bev.; Wilh. Best, Karl Kuh, Adam Leibrecht als Kontrolleure.

Für Schorndorf: Heinr. Palmon-Groß als 1. Bev., Fr. Schurr als 2. Bev., Karl Falkenstein als 3. Bev.; Gottlieb Brehler, Fr. Stoder, Fr. Knoll als Kontrolleure.

Für Seesen: Heinr. Dietrich als 1. Bev., Wilh. Wolf als 2. Bev., Karl Dürlop als 3. Bev.; Ferd. Sander, Heinr. Schweißhelm, Karl Kaufmann als Kontrolleure.

Für Trebbin: Hans Köhlmann als 1. Bev., Alexander Berner als 2. Bev., Paul Pannier als 3. Bev.; Emil Trebbin, Karl Wächter, Wilh. Wescher als Kontrolleure.

Für Wandsbeck: Heinr. Künze als 1. Bev., A. Meister als 2. Bev., E. Möller als 3. Bev.; P. Schothnecht, Otto Pöltje, Otfonowski als Kontrolleure.

Für Wansjen: Reinhold Ulbrich als 1. Bev., Rich. Glowalla als 2. Bev., Paul Gleis als 3. Bev.; Julius Gierth, Paul Kreidel, Rich. Gleis als Kontrolleure.

Für Wittenberge: Wilh. Wormstedt als 1. Bev., Jakob Leuter als 2. Bev., Eduard Schmidt als 3. Bev.; Aug. Reimann, Paul Bietusch, Clara Rachedanz als Kontrolleure.

Für Zerbst: Friedr. Haue als 1. Bev.; Rich. Klug, Friedr. Brauer als Kontrolleure.

Für Jossen: Wilh. Busack als 1. Bev., Dsk. Noak als 2. Bev.; Max Seifert, Otto Schulz als Kontrolleure.

Für Zuffenhausen i. Württemberg: K. Weimüller als 1. Bev., Traugott Köpf als 2. Bev., Karl Massa als 3. Bev.

Vom 10. bis 16. Januar 1911 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

Datum	Beitrag	Datum	Beitrag
8. Januar 1911.	36.13	10. Januar.	153.90
Zellhausen . . .	100.—	Launsbach . . .	20.—
8. Froshausen . . .	160.97	10. Langenfelde . . .	61.81
8. Klein-Auheim . . .	64.38	10. Wittweida . . .	100.—
9. Jienstedt . . .	150	11. Brandenburg . . .	180.—
9. Münden i. S. . .	30.—	11. Ipehoe . . .	100.—
9. Altmorschen . . .	200.—	11. Oberhausen . . .	30.—
9. Barmbed . . .	100.—	11. Gernrode . . .	260.—
9. Seiffenhennersdorf . . .	100.—	11. Rehme . . .	50.—
9. Lügemburg . . .	50.—	11. Teuchern . . .	90.—
9. Sandhausen . . .	80.—	11. Seidenheim . . .	33.50
9. Langermünde . . .	50.—	12. Heide . . .	100.—
9. Mühlhausen i. Th. . .	250.—	12. Brate i. L. . .	30.—
9. Lübbeke . . .	130.—	12. Mohrbach . . .	123.61
9. Oberode . . .	70.—	13. Nordhausen . . .	800.—
9. Dobrilugk . . .	150.—	13. Vickenbach . . .	15.—
9. Köwensen . . .	300.—	13. Hellingen . . .	200.—
9. Altenburg . . .	40.—	13. Karlsruhe . . .	100.—
9. Brück . . .	100.—	13. Böttingen . . .	250.—
9. Kreischa . . .	100.—	14. Geringswalde . . .	87.52
9. Rawitzsch . . .	200.—	14. Lauffen . . .	200.—
9. Spremberg . . .	150.—	14. Griesheim . . .	160.—
9. Nirnberg . . .	80.—	14. Pöhlzig . . .	80.—
10. Schorndorf . . .	80.—	15. Groß-Steinheim . . .	50.—
10. Wigenhausen . . .	30.—	15. Groß-Heere . . .	126.—
10. Uslar . . .	30.—	15. Orb (Bad) . . .	80.—
10. Wittenberge . . .	30.—	15. Plungstadt . . .	200.—
10. Pegau . . .	70.—	15. Neumarkt . . .	100.—
10. Schönau . . .	50.—	15. Kenzingen . . .	60.—
10. Destrigen . . .			

Verichtigung. In Nr. 3 des Tabakarbeiter muß es unterm 2. Januar heißen Steinau b. Gießen 150 Mark, statt Strehlen.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten anbringen.

Bremen, den 16. Januar 1911.

W. Nieder-Welland, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Adressen-Änderungen:

Für Apolda: Der 2. Bev. Heinr. Kollberg wohnt Jägerstr. 26.

Für Bünde i. W.: Alle Zuschriften sind bis auf weiteres an H. Hobrod, Heidestr. 104, zu richten.

Für Dessau: Der 2. Bev. Friedr. Richter wohnt Amalienstraße 70, I.

Für Emmerich: Der 1. Bev. Heinrich de Moll wohnt Baustraße 25.

Für Froshausen: Der 1. Bev. Franz Böttcher wohnt jetzt Bahnhofstr. 224.

Für Grimma: Der 2. Bev. Arno Neumann wohnt in Burgberg bei Grimma Nr. 49.

Für Hainichen: Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Johann Ritter in Bannewitz, Hauptstr. 14, zu richten.

Für Lemgo: Der 1. Bev. Johann Anderer wohnt Heustr. 26.

Für Münden i. S.: Der 1. Bev. Wilhelm John wohnt Bierhäuser Weg 965.

Für Nedarhausen: Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Franz Brunny zu richten.

Für Oettinghausen (Herford): Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Wilh. Steffen (Zig.-Arbt.) zu richten.

Für Oggersheim: Der 1. Bev. Anton Rüdert wohnt Georgstraße 6.

Für Ohlau: Reinhold Klipsch wohnt Oberstr. 46. — Emanuel Langner, Fleischerstraße 10. Alle Zuschriften sind an diesen zu richten.

Für Seesen: Der 1. Bev. Heinrich Dietrich wohnt Bindenplan. — Der 2. Bev. Wilh. Wolf wohnt Neustadt 25.

Für Trebbin: Der 1. Bev. Hans Köhlmann wohnt Berkner Straße 14, I.

Für Wansjen: Der 1. Bev. Reinhold Ulbrich wohnt Breslauer Straße.

Für Jossen: Alle Zuschriften sind an den 2. Bev. Oskar Noak, Marktstraße 5, I, zu richten.

Für Zuffenhausen (Württemberg): Der 1. Bev. K. Weimüller wohnt in Stammheim. — Der 2. Bev. Traugott Köpf in Zuffenhausen, Königstr. 11.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Wittenberge (Potsdam): Durch den 2. Bev. Jakob Leuter, Herrnwiesenstraße 4, p. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags und 7^{1/2} bis 8^{1/2} Uhr abends.

In Löwenstein-Thal: Durch den 2. Bev. Fr. Schlieter. An Wochentagen von 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

In Pirna: Durch den 1. Bev. Emil Baum, Schmiedestr. 2A.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Eure Versammlungen zahlreich!)

In Altona: Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Bericht vom Heimarbeitertag in Berlin. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Kartellbericht und Wahl eines Delegierten. 5. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Ahle: Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, bei Tiemeier. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig. Die Ortsverwaltung.

In Gernrode a. S.: Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3^{1/2} Uhr, im Stadtpark. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Gauleiter E. Burgoß wird anwesend sein. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Oettinghausen: Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 5 Uhr. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Rölln: Montag, den 23. Januar, abends Punkt 8^{1/2} Uhr, im Volkshaus, Seinerstraße 197/199. Tagesordnung: 1. Abrechnung der Verbands- und Lokalkasse vom 4. Quartal 1910 und Bericht vom Jahre 1910. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung, der Fabrikassistenten und Kartelldelegierten. 3. Welche Maßnahmen sind zu ergreifen gegen die Lohnabzüge in der Kölner Zigaretten-Industrie? 4. Bericht vom Heimarbeitertag-Kongress. 5. Kartellbericht. 6. Verschiedenes. — Kollegen und Kolleginnen! Die Zeit ist eifrig! Es wird dringend ersucht, die Versammlung pünktlich und zahlreich zu besuchen. Bringt die Unorganisierten auch mit. Die Ortsverwaltung.

In Waldheim: Montag, den 23. Januar, abends 1/9 Uhr, im Schweizeraal. Tagesordnung: 1. Jahresbericht vom 4. Quartal 1910. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahlen: a) der Ortsverwaltung, b) der Kartelldelegierten. 4. Sonstige Verbandsangelegenheiten. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig und sieht demselben bestimmt entgegen. Die Ortsverwaltung.

In Wabbenhausen: Sonnabend, den 28. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, im Lokal des Kollegen Wehner. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 2. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure. 3. Verschiedenes. — Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Leipzig: Sonnabend, den 28. Januar, abends 1/9 Uhr, im Volkshaus. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Die Ortsverwaltung.

In Radhen: Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3^{1/2} Uhr, im Vereinslokal. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Zahlreiches Erscheinen ist dringend erforderlich. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Scharmed: Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, in der Zentralthalle. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Besuch ersucht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Stendal: Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zum goldenen Stern. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910. 2. Kartellbericht. 3. Neuwahl der örtlichen Verwaltung. 4. Sonstige Angelegenheiten. — Die Mitglieder werden ersucht, sogleich die Beiträge zu begleichen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den 1. Gau: Altona-Dittensen: F. Henke, Schulstraße 9, I.

Für den 2. Gau: Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.

Für den 3. Gau: Braunschweig: Ernst Sparkasse, Mauernstraße 48, II. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den 4. Gau: Nordhausen: Verbandsbureau, Wolfstraße 14.

Für den 5. Gau: Bielefeld: Alb. Schulz, Turnerstraße 45, Arbeitersekretariat.

Für den 6. Gau: Rölln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.

Für den 7. Gau: Gießen: Heinrich Günther, Eberstraße 26, II. Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Wehlar.

Pfungstadt: Ludwig Klöpinger, Sandstraße 102. Umfassend den Bezirk Rheinhessen und Provinz Starkenburg.

Hannau: Konrad Gräbener, Nordstraße 56. Umfassend die Kreise Hanau, Homburg, Marburg, Kirchhain, Fulda, Hünfeld, Gelnhausen, Schlüchtern, Hersfeld (Provinz Hessen-Nassau) und Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg (Königreich Bayern).

Für den 8. Gau: Pödenheim: Ludwig Koch, Obere Hauptstraße 72.

Für den 9. Gau: Stuttgart 13: Ad. Heising, Florianstraße 8, I.

Für den 10. Gau: Erfurt: Reinhold Blankenburg, Romthurgasse 6, Str. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags.

Für den 11. Gau: Dresden-A.: Franz Schmidt, Ritzbergstr. 2, II, Zimmer 23.

Für den 12. Gau: Breslau: William Stöhr, Friedrich-Wilhelm-Straße 82, I. Jauer: Heinrich Tietz, Kassierer, Boltshäuser Straße 19.

Für den 13. Gau: Berlin: Alwin Schulze, Berlin C., Große Hamburger Straße 18/19, Verbandsbureau.

Alle Arbeitsnachweisen, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Hainichen: Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird durch den 2. Bev. Carl Herbst, Nr. 42m, ausgezahlt. Nur Mittwochs von 6 bis 8 Uhr abends. Sonnabends von 5 bis 8 Uhr abends.

Hildesheim: Arbeitslosenunterstützung wird durch den 1. Bev. Wilh. Marahrens, Forbere Brühl, Hinterhaus 9, ausgezahlt. Von 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends. — Krankenunterstützung wird durch den 2. Bev. Ernst Ketter, Wiesenstraße 37, I., ausgezahlt. Sonntags 11 bis 1 Uhr mittags. — Alle An- und Abmeldungen sind beim 1. Bev. Wilh. Marahrens zu bewerkstelligen.

Kreuznach: An durchreisende Kollegen wird keine Arbeitslosenunterstützung mehr ausgezahlt, nur an solche, die hier in Arbeit treten.

Langwedel: Die Arbeitslosenunterstützung wird nur an solche Mitglieder ausgezahlt, die hier in Arbeit treten.

Lemgo: Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird durch den 2. Bev. Fr. Kölling ausgezahlt. An die Mitglieder am Orte: Sonntags von 12 bis 2 Uhr mittags. An Durchreisende: Wochentags von 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends.

Lippstadt: An durchreisende Mitglieder wird keine Unterstützung gezahlt.

Spandau: Unterstützung wird ausgezahlt durch Otto Krüger, Kurze Straße 10, pt. An Wochentagen von 1/7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 2 Uhr mittags.

Trebbin: Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird durch Kollegen Berner ausgezahlt. An Durchreisende: Von 12 bis 1 Uhr mittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Krankenkassenmitglieder nur Sonnabends von 7 bis 8 Uhr.

Wandsbeck: Der Arbeitsnachweis befindet sich beim 1. Bev. G. Kunze, v. Lengerkestraße 10, I. Sprechstunde: 9 bis 10 Uhr vormittags, 1/2 bis 1/3 Uhr nachmittags. Dasselbst wird Kranken- und Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. — Gleichzeitig teilen wir den Kollegen mit, daß sich unser Bezirkslokal von jetzt ab bei dem Kollegen Georg Wachtmann, v. Lengerkestraße 59, befindet.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Uhlenhorst, Moorstraße 5, I. Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22. Schiedsgericht: E. Dechand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Barmbed 200.—, Herford 30.—, Fußgönheim 80.—, Brandenburg 150.—, Osnabrück 40.—, Mülh. Sterbekasse: Barmbed 80.—, Rastatt 6.—, Neulübeck 4.15, Herford 4.50, Wauzen 25.—, Prieß 9.70, Brandenburg 28.75, Osnabrück 25.—, Würzburg 23.48 Mk.

Zuschüsse: Hausberge 75.— Mk. Krankengeld: 34.08 Mk.

Hamburg, den 16. Januar 1911. P. Otto.

Billiges Einlagematerial

Uebers. Losblatt Nr. 1448

beste Ware, nichts Kurzes enthält,
kerngesund, trocken, leicht
verzollt Mk. **1.00**

Uckermärker Nr. 1583

(bester Ernte), reif, leicht, blatt., dünne
Rippen, wirkl. guter Geschmack, vor-
zügl. zur Mischung geeignet verst. **0.90**

Carmen Aufarbeiter Nr. 1310

sehr zart, sehr blattig, total flotter
Blattbrand, Ia. Geschmack
verzollt Mk. **1.10**

Kurzugut (Tabakspitzen) Nr. 1618

gesiebt und gereinigt, ausserordent-
lich billiges Füllmaterial
versteuert Mk. **0.90**

Geschnitten. Uckermärk.

sehr beliebt, fertig zum Verarbeiten
versteuert Mk. **0.95**

Java Nr. 1223

blattig und leicht, gross, tadelloser
Brand, riesig ergiebig, bester Ge-
schmack
verzollt Mk. **1.20**

Domingo Nr. 1473

reif, leicht, blattig, vorzüglicher
Brand, alte Ernte
verzollt Mk. **1.05**

Rebut (Elsässer) Nr. 1585

Qualitätstabak, leicht auf der Hand,
vorzüglicher Brand, jetzt riesig be-
liebt
versteuert Mk. **1.15**

Rein übers. gerissene Rippen

fertig bearbeitet, leicht, trocken,
wollig
per Pfund nur Mk. **0.30**

Geschnittene Mischung

verschiedener Tabake, wirklich
guter Geschmack
verzollt Mk. **1.10**

Alle Preise per Pfund **einschliesslich aller Zölle.**

Beachten Sie meine Riesen-Auswahl in allen Sorten!

Beordern Sie
in Ihrem eigenen
Interesse
sofort
Proben!

Heinrich Franck

**Berlin N. 54
:: Brunnen-
Strasse 22.**

Gegründet 1879.

Postscheckkonto: Berlin 1738.

Telephon: Amt III, 4352.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946
empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, nur Sollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 δ
Sumatra-Umblatt, Sollblatt, 155, 180 δ
Java-Decker dunkel 220 δ , hell 260, 280, 300, 320 δ
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 δ
Java-Einlage u. Umbl. 95 δ , mit Umbl. 110, 120, 130 δ
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 δ
Brasil-Decker 175, 200, 210 δ
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 δ

Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 δ
Havanna 200, 250, 300, 400 δ
Decker 700 δ
Yara-Cuba 200, 220 δ , feine Qualität
Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 δ
Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 δ
Domingo-Umblatt 110, 120, 130 δ
Domingo-Einlage und Umbl. 100 δ
Rio-Grande-Decker 120, 130 δ , Einlage 110 δ
Losgut, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100 δ , beste Sorte leicht und sehr blattig 110 δ .

Wickelformen { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 150 δ .
Schiffchen-Abdrücke verjende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 \mathcal{M} . **Gummi-Traganth**, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfd. 250 δ . **Zigarrenband** pro 50 Reiter-Rolle, gelb, 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 δ . **Bastbündelband**, grau und lachsfarbe, pro 100 Reiter-Rolle 150 δ .

Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Roh-Tabak.

Empfehle zu bekannt billigen Preisen:
Sumatra-Deckbl., braun 265 δ
Sumatra-Deckbl., hell, 3. Länge 200, 250 δ
1. und 2. Länge 320, 420 δ
Sumatra-Deckbl., Stückbl., 1. u. 2. Länge, hell 200, 250 δ
Sumatra-Umbl. 155 δ
Java-Vorstenland 300, 205 δ
Java, großes leichtes Sollbl. 150, 155, 165 δ
Java-Umblatt und Einlage 100 δ , ganz leicht 125, 115 δ
St. Felix-Brasil-Decker 190 δ
St. Felix-Brasil, Umblatt und Decker 140, 160 δ
St. Felix-Brasil, Einlage und Umblatt 125, 130 δ
Carmen, Einlage und Umblatt 95, 100 δ
grosstes Umblatt 110, 120 δ
Domingo-Umblatt 95, 100 δ
grosstes leichtbrennendes Umblatt 110 δ
Losgut, nur amerik. Tabake, 90, 95, 100 δ

Preise per Pfund verzollt, einschliesslich Wertzoll. Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

F. Reil, Bremen
Weizenkampstrasse 187.

Wiesbadener Volksbücher. Preis pro Bändchen 10 bis 30 Pfg. Verzeichnisse umsonst.
Zu beziehen durch die **Exp. d. Tabakarbeiter, Leipzig**, Tauchaer Str. 19/21.

Nach beendeter Inventur

offerieren unsere einmal gebrauchten Reifemuster so lange der Vorrat reicht

200 Pfund	Sumatra	à 1 90 \mathcal{M}
150	Java	à 1 10 \mathcal{M}
200	Carmen	à 1 15 \mathcal{M}
200	Domingo	à 1 10 \mathcal{M}
150	Brasil	à 1 30 \mathcal{M}
60	Mexiko	à 2 00 \mathcal{M}
400	Deutsche Tabake	à 1 00 \mathcal{M}

Versand nur bei Bestellung von 9 Pfund einer Sorte per Nachnahme.

L. Cohn & Co., Berlin N. Brunnenstrasse 24.